

	<u>Preussen</u>	<u>Russland</u>
1927	218,8	421,5
1928	214,0	407,1

In Russland sind also fast doppelt soviel Grubenunglücke zu verzeichnen, wie in Preussen, Grubenunglücke, die zu einem Teil nicht auf Naturgewalten sondern auf Nachlässigkeiten der Aufsichtsbehörden zurückzuführen sind. Von alledem liest man natürlich nichts in der kommunistischen Presse, obwohl die Statistik über die Unfallziffern im russischen Steinkohlenbergbau amtlichen Ursprungs ist und sich auf Angaben der territorialen Versicherungskassen der U.d.S.S.R. stützt.

SPD. Danzig, 14. November (Eig. Drahtb.)

Am Sonntag finden im Freistaat Danzig die Wahlen zum Landesparlament, dem Volkstag, statt. Die Legislaturperiode des letzten Volkstags wäre eigentlich erst im nächsten Jahre abgelaufen. Ein verfassungsänderndes Gesetz, das mit grosser Mehrheit angenommen und vom Völkerbundsrat genehmigt worden ist, bestimmte jedoch, dass die Neuwahlen noch in diesem Jahre vorgenommen werden.

Der neue Volkstag wird ein wesentlich verändertes Gesicht tragen. Während bisher 120 Abgeordnete zu wählen waren, wird der Volkstag künftig nur noch 72 Abgeordnete zählen. Auch die Regierung wird in Zukunft statt 22 Senatoren, die zum Teil Beamte, zum Teil parlamentarisch gewählt waren, nur noch aus 12 Senatoren bestehen, die nur dem Volkstag verantwortlich sind.

An den Neuwahlen beteiligen sich 17 Parteien; davon sind allein 15 bürgerlich. Sie eint trotz aller Zersplitterung ein gemeinsames Ziel: die Stellung der Sozialdemokratie, die bei den Wahlen im Jahre 1927 von 39 000 Stimmen auf 62 000 Stimmen hinaufschnellen konnte, zu erschüttern. Sie wollen vor allem, was die Sozialdemokratie während ihrer Regierungstätigkeit verhindern konnte, einen Lohnabbau, die Aufhebung der Erwerbslosenfürsorge und die Beseitigung des Mieterschutzes.

Die Sozialdemokratie befindet sich, obwohl sie seit drei Jahren Regierungspartei ist, in einer nicht ungünstigen Situation. Sie hat eine Reihe von Sozialgesetzen geschaffen und eine für den Freistaat erfolgreiche Politik treiben können. Die Danziger Sozialdemokratie sieht dem Wahlkampf jedenfalls mit grosser Zuversicht entgegen. - Die Nationalsozialisten, die bisher nur einen sehr geringen Anhang hatten, versuchen durch ein Aufgebot zahlreicher reichsdeutscher Redner ihre Position zu verbessern.

Bemerkenswert ist, dass die Polen, die kaum 3 Prozent der Bevölkerung darstellen, mit zwei Listen auftreten. In Anbetracht dieses Umstandes und der Tatsache, dass sie im letzten Volkstag nur drei Abgeordnete hatten, ist bei der verminderten Abgeordnetenzahl damit zu rechnen, dass sie möglicherweise völlig ausfallen.

SPD. Einer der wichtigsten Bestandteile des Finanzprogramms der Regierung ist der Gesetzentwurf über eine Ausgabenbegrenzung in den Haushalten des Reichs der Länder und der Gemeinden. Dieser Gesetzentwurf sieht vor, dass die öffentlichen Ausgaben in Reich, Ländern und Gemeinden in den Rechnungsjahren 1932 und 1933 nicht über den Stand des Rechnungsjahres 1931 hinausgehen dürfen. Nur für Schuldentilgung und -Verzinsung und für etwaige Fälle der Verwaltungsreform sind Ausnahmen vorgesehen. Gleichzeitig werden Reich, Länder und Gemeinden verpflichtet, etwa eintretende Steigerungen der Einnahmen in den Jahren 1932 und 1933 zur Steuersenkung zu verwenden.

So kurz der Gesetzentwurf ist, so bedeutungsvoll und folgenschwer ist sein Inhalt. Die Begründung weist darauf hin, dass der Reichshaushalt für 1931 "unter dem Druck der Not auf der Ausgabenseite mit allergrösster Sparsamkeit

aufgestellt" worden ist. Der Reichshaushalt 1931 ist also ein Nothaushalt und der Sinn dieses Gesetzentwurfs besteht darin, dass dieser Notstand für die öffentlichen Finanzen auch für 1932 und 1933 aufrecht erhalten bleiben soll. Nicht nur im Reich, sondern in Ländern und Gemeinden soll die äusserste Einschränkung der öffentlichen Ausgaben auch dann beibehalten werden, wenn die Wirtschaftskrise überwunden wird und einer guten Konjunktur Platz macht. Die Besserung der Konjunktur soll ausschliesslich der Privatwirtschaft, nicht dagegen der öffentlichen Wirtschaft zugute kommen.

Aber mehr als das: Der Reichshaushalt für 1931 ist nicht nur mit allergrösster Sparsamkeit aufgestellt worden, es sprechen auch gewisse Gründe dafür, dass er nicht einmal die Ausgaben des Reichs voll umfasst. Für die Arbeitslosenversicherung sind überhaupt keine Reichszuschüsse mehr vorgesehen und der Ansatz für die Krisenfürsorge, der auf 420 Millionen begrenzt werden soll, ist offensichtlich unzureichend. Hinzukommt, dass in den nächsten Jahren eine Reihe von Ausgaben automatisch steigen müssen. Die Zahlungen nach dem Young-Plan sind 1932 um 53 Millionen höher als 1931 und 1933 sogar um 126 Millionen höher. Die Invalidenversicherung und die Knappschaftsversicherung werden wachsender Zuschüsse bedürfen und die Ausgaben für die Beamtengehälter werden infolge der Altersaufrückung der Beamten zunehmen.

Aus alledem ergibt sich, dass die Begrenzung der Ausgaben praktisch einen Zwang zu fortschreitender Senkung der Ausgaben darstellt. Denn wenn bestimmte Ausgaben wie die Reparationszahlungen usw. unabwendbar steigen, dann müssen - sollen die Gesamtausgaben dieselben bleiben - andere Ausgaben vermindert werden. Die Regierung will diesen Zwang zur Ausgabensenkung aufrichten, um gleichzeitig einen Zwang zur Steuersenkung schaffen zu können. Daher die Vorschrift, dass Mehrerträge der Steuern in den nächsten Jahren nicht zur Finanzierung von Mehrausgaben, sondern ausschliesslich zur Verminderung der Steuerbelastung verwendet werden dürfen. Infolge der Wirtschaftskrise sind die Steuererträge um rund 1½ Milliarden gesunken. Wird die Wirtschaftskrise überwunden und erreicht damit die Steuererträge wieder ihre normale Höhe, so müssen Steuersenkungen in grossem Ausmass durchgeführt werden.

Dieser Zwang zur Steuersenkung ohne Rücksicht darauf, ob dringende Mehrausgaben gemacht werden müssten oder nicht, stellt vor allem für die Gemeinden eine sehr schwere Fessel dar. Gerade aufstrebende Gemeinden mit wachsender Bevölkerung, vermehrter Zahl der Schulkinder, gesteigerten Bedürfnissen des Verkehrs usw. werden aufs empfindlichste in ihrer Entwicklung gehemmt. Aber auch bei den übrigen Gemeinden müssen die schwersten Gefahren entstehen, je nachdem welche wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Landesteilen und bei den verschiedenen Industriezweigen eintritt. Der Gesetzentwurf in seiner vorliegenden Fassung bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als dass die öffentliche Wirtschaft wenigstens auf drei Jahre hinaus in eine Zwangsjacke gesteckt wird.

SPD. Schwerin, 14. November (Eig. Drahtb)

Die mecklenburgische Regierung wendet sich in einem 122 Seiten umfassenden Schriftsatz, der am Freitag der Öffentlichkeit unterbreitet wurde, gegen die Vorschläge des Reichssparkommissars über die Vereinfachung der mecklenburgischen Verwaltung.

In der Denkschrift wird zunächst bestritten, dass für die mecklenburgische Verwaltung eine mechanische Beförderungssperre erträglich sei. Die gesetzliche Einstellungs- und Anstellungs-Sperre sei unnötig, da bei den mecklenburgischen kleinen Verhältnissen zentral die Notwendigkeit der Wiederbesetzung geprüft werde. Die Verminderung des Personalkörpers in der Verwaltung sei nur unter gewissen Nachteilen für die Verwaltung möglich. Ferner wird bestritten, dass die mecklenburgischen Beamten zu hoch eingruppiert seien. Für die im Dienst befindlichen Beamten werde es nicht - wie der Sparkommissar meint - möglich sein, eine ungünstigere Eingruppierung vorzunehmen, da die Gerichte

eine solche als gesetzwidrig aufheben würden. Was die Eingruppierung der Ministerialbeamten im besonderen betreffe, so sei diese gerechtfertigt, zumal für diese Posten die besten Kräfte gewonnen werden müssten. Die Behauptung des Sparkommissars, dass in der mecklenburgischen Verwaltung ein Beamter wesentlich teurer wäre als ein Angestellter mit gleichen Leistungen, sei unrichtig.

In ihrer Kritik an den Vorschlägen des Sparkommissars über die mecklenburgische Schulverwaltung erklärt die Regierung, dass auf eine eigene Lehrerbildungsanstalt in Mecklenburg nicht verzichtet werden könne. Die Herabsetzung der Wochenstundenzahl würde dem vom Sparkommissar selbst aufgestellten obersten Grundsatz, dass die Leistungen nicht gesenkt werden sollen, widersprechen. Die Zusammenlegung der Landschulen sei zum Teil undurchführbar mit Rücksicht auf die tatsächlichen grossen Entfernungen und die vorhandenen Klassenräume.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Die "Junge Garde", Zentralorgan des kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands, ist auf Grund der §§ 13 und 9 in Verbindung mit den §§ 5 und 4 des Gesetzes zum Schutze der Republik auf die Dauer von zwei Monaten verboten worden, weil sie eine an dem früheren Berliner Polizeipräsidenten Zörgiebel begangene Gewalttat ausdrücklich verherrlicht und gebilligt hat, und weil sie in einem anderen Artikel der gleichen Nummer die verfassungsmässige republikanische Staatsform des Reiches beschimpfte."

SPD. Havanna, 14. November (Eig. Drahtb.)

Die kubanische Regierung verhängte angesichts der zunehmenden Strassenkrawalle über die Hauptstadt und ihre Umgebung den Belagerungszustand. Das Militär übernahm anstelle der Polizei die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Sämtliche Schulen wurden geschlossen. Zwei führende Zeitungen sind verboten worden.

SPD. Das Ziel der kommunistischen Pressehetze ist gegenwärtig vor allem der sozialdemokratische Ministerpräsident Preussens. Neuerdings bezeichnen die kommunistischen Blätter den Preussischen Ministerpräsidenten als Steuereintreiber Brünings. Sie begründen das damit, dass Braun in der Mittwoch-Sitzung des Preussischen Landtags eine Verschärfung der preussischen Durchführungsverordnung zur Eintreibung der Brüning'schen Diktatursteuern gegen die Stimmen der Kommunisten durchgesetzt habe.

So ein Blödsinn! Als ob der preussische Ministerpräsident die Brüning'schen Steuern auch noch irgendwie verschärfen wolle oder könne. Der preussische Staat muss, dazu ist er verfassungsrechtlich gezwungen, alle Reichsgesetze durchzuführen, mithin auch Steuern, die der Reichstag beschlossen und in Gesetzesform gebracht hat. Er ist dafür verantwortlich, dass, wenn eine Gemeindesteuer beschlossen wird, die Gemeinden sie auch durchführen und hat infolgedessen die Pflicht und Schuldigkeit, für die Ausführungsbestimmungen zu sorgen. Täte er das nicht, dann setzte er sich der Gefahr aus, durch die Reichsexekutive dazu gezwungen zu werden. Aber woher soll eine kommunistische Redaktion auch nur die geringste Kenntnis von Verwaltungsgrundsätzen haben, wie sie in Deutschland nun einmal bestehen? Die Hauptsache, sie kann hetzen. Je verlogener das geschieht, desto mehr gewinnt sie bei ihren Moskauer Geldgebern an Ansehen.

SPD. Ulm, 14. November (Eig. Drahtb.)

Ein Landfriedensbruchprozess, der zurzeit vor dem Schöffengericht in Ulm stattfindet, legte Zeugnis von unhaltbaren Zuständen unserer Rechtspflege ab. Eine offensichtlich voreingenommene Staatsanwaltschaft hat auf Grund der durch den Stuttgarter Polizeikommissar Imhof geführten Voruntersuchung die Angegriffenen mit einer Anklage bedacht und die Friedensstörer in die Rolle der Zeugen versetzt.

Der Tatbestand ist folgender: Für den 26. April hatte die Sozialdemokratie in Blaubeuren eine öffentliche Versammlung mit dem Abg. Ulrich-Heilbronn als Redner ausgeschrieben. Da bekannt geworden war, dass die Nationalsozialisten eine Störung der Versammlung planten, liess die Sozialdemokratie eine Abteilung des Ulmer Reichsbanners als Saalschutz nach Blaubeuren kommen. Bald darauf kamen auch Lastautomobile mit Nationalsozialisten aus Ulm an und bestätigten die Richtigkeit der Annahme, dass eine Störung geplant war. Immerhin hatte die Anwesenheit des Saalschutzes zur Folge, dass die Versammlung, von unverschämten Zwischenrufen abgesehen, einen geordneten Verlauf nahm, bis gegen Ende ein Nationalsozialist das Kommando ertönen liess: "Die Nationalsozialisten verlassen den Saal!" Das war das Signal zum Schleudern von Stühlen, Masskrügen, Biergläsern und anderen Gegenständen durch die Nationalsozialisten gegen die Bühne und den Redner. Zur Abwehr dieser Angriffe trat nun der Saalschutz in Aktion und wollte die Rüpels aus dem Saal drängen. Da diese gewaltsam Widerstand leisteten, kam es zu einer schweren Schlägerei. Aber noch von der Strasse aus schlugen die Hakenkreuzler die Fenster des Saales ein. Insgesamt sind 35 Personen verhaftet worden.

Die Verhandlung, zu der 13 Angeklagte und 47 Zeugen geladen waren, ergab schon zu Beginn ein anderes Bild als die Anklageschrift. Der als "Rädelsführer" bezeichnete Reichsbannermann Friedrich aus Ulm konnte mitteilen, dass er sofort die Parole ausgegeben hatte "Unbedingte Ruhe ist das erste Gebot", und er auch die Versammlungsbesucher, die sich über die Zwischenrufe der jungen Burschen, wie "Judenknechte" usw., mit Recht empörten, immer wieder zur Ruhe gemahnt hat. Der nationalsozialistische Diskussionsredner Hagenmayer hätte zehn Minuten Redezeit erhalten, aber nur sechs Minuten lang gesprochen. Als am Schluss im Tumult der nationalsozialistische Ruf ertönt sei "Nationalsozialisten verlassen den Saal" habe er sofort geantwortet "Reichsbanner, Ruhe bewahren". Aber er hätte diese Worte noch nicht ausgesprochen gehabt, als schon ein Bierseidel gegen ihn geflogen sei, sodass er sich bücken müssen. Als er sich wieder aufgerichtet habe, sei das Handgemenge schon im Gange gewesen. Der nationalsozialistische Diskussionsredner Hagenmayer sei mit einem erhobenen Stuhl auf ihn eingedrungen. Er habe dann, als die Nationalsozialisten hinausgedrängt worden waren, den Befehl erteilt "Reichsbanner in den Saal zurück", obwohl ihm inzwischen mitgeteilt worden sei, dass Hakenkreuzler einen Autobus des Reichsbanners zusammengeschlagen hätten. Die Versammlungsleiter seien als "Handlanger der Franzosen" beschimpft worden.

In ähnlicher Weise wie Friedrich äusserten sich auch die übrigen 12 angeklagten Reichsbannermitglieder. Einer von ihnen konnte die sinnlose Behauptung, dass er angegriffen habe mit dem Hinweis darauf entkräften, dass er Schwer- kriegsbeschädigter sei. Er wäre von hinten gestossen worden; als er sich aufgerichtet hätte, habe er einen Schlag gegen den Magen erhalten, sodass er sich habe setzen müssen.

Reichstagsabgeordneter Ulrich-Heilbronn gab als Zeuge eine eingehende Darstellung des Verhaltens der Nationalsozialisten während seines Vortrages und der Diskussion, die eine ununterbrochene Beschimpfung des früheren Reichsfinanzministers Hilferding als galizischen Juden gewesen sei. Gegen ihn sei u. a. auch der Zuruf "Hängt ihn auf" gefallen. Den Eindruck des beabsichtigten Sprengungsversuchs hätte man umso mehr bekommen müssen, als fast alle Nationalsozialisten zur Stelle gewesen seien, die kurz vorher eine sozialdemokratische Versammlung in Ulm zu stören versucht hatten. Das Bombardement sei von einem

Tisch aus begonnen worden, an dem die Nationalsozialisten mit ihren Kopfbedeckungen gesessen hätten. Der württembergische Landtagsabgeordnete Steinmayer bestätigt als Zeuge die Angaben des "Rädelsführers" Friedrich, der sich alle Mühe gegeben hätte, Tötlichkeiten zu verhindern. Der Vorsitzende des Ulmer Reichsbanners, Oberpostinspektor Wirthle, sagt gleichfalls aus, dass der erste Bierkrug von dem nationalsozialistischen Tisch geworfen worden sei. Er hätte sofort durch eine Untersuchung feststellen lassen, dass die Reichsbannerleute keine Waffen bei sich gehabt haben. Der Zeuge Walther, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei in Blaubeuren, und Zeuge Sigloch äusserten sich in ähnlichem Sinne. - Die Verhandlung wird am Sonnabend fortgesetzt.

SPD. Eisenach, 14. November (Eig. Drahtb.)

Am Freitag begann vor dem Eisenacher Amtsgericht ein Prozess, den der Eisenacher Oberbürgermeister Janson gegen die sozialdemokratische Eisenacher Volkszeitung wegen Verleumdung und Beleidigung angestrengt hat.

Am 19. März 1930 hatte die "Eisenacher Volkszeitung" ein Gespräch veröffentlicht, das der Eisenacher Oberbürgermeister Janson mit dem Polizeikommissarwärter Machts in Berlin gehabt haben sollte. Machts war für den 1. April 1930 nach Eisenach als Polizeikommissar berufen worden. Nach der Veröffentlichung hatte Janson Machts vor der Berufung über seine politische Einstellung und besonders darüber befragt, wie er sich im Falle eines nationalsozialistischen Losschlagens verhalten werde. Janson sollte von Machts ferner Garantie für seine nationale Zuverlässigkeit gefordert haben, wobei er bemerkt habe, dass preussische Polizeioffiziere für Thüringen keine Kronzeugen seien. Es sei nötig, Stahlhelmlaute oder Nationalsozialisten zu finden, die für Machts bürgen. Nachdem Janson diese Garantie nicht für genügend angesehen hätte, habe er die Berufung rückgängig gemacht. Wegen dieser Veröffentlichung hatte Janson gegen den verantwortlichen Redakteur der "Eisenacher Volkszeitung" Schroot Strafantrag gestellt. Es sind sechs Zeugen geladen, darunter Herr Machts und der thüringische Ministerialrat Guyet. Schroot erklärte, dass er die Veröffentlichung aufrecht erhalte.

Danach äusserte sich Oberbürgermeister Janson, der als Nebenkläger zugelassen war. Er erklärte, dass er für eine freigewordene Kommissarstelle Ersatz gesucht habe, und zwar einen Mann, der moralisch und politisch unbelastet sei. Auf Machts sei er durch einen thüringischen Ministerialrat aufmerksam gemacht worden. Später habe Ministerialrat Guyet allerdings brieflich wieder sehr ungünstige Auskunft gegeben, weshalb Janson persönlich mit Machts verhandeln wollte. Janson hätte seine zufällige Anwesenheit in Berlin benutzt, um mit Machts Rücksprache zu nehmen.

Nun schildert Janson den Verlauf des Gesprächs mit Machts in ähnlicher Weise wie die Veröffentlichung, nur soll die Tendenz harmloser gewesen sein. Für den Nachweis, ob sich Machts auch jetzt noch für den Polizeidienst eigne, hat Janson das Zeugnis einer thüringischen Polizeistelle angefordert, weil die thüringische Polizei besonders vielseitig sei. Auf den Vorhalt, dass aus Jena mitgeteilt worden sei, er (Machts) sei besonders schlapp gewesen, habe er ihm erklärt, dass die Auskunft offensichtlich von einem Nationalsozialisten stamme, der Machts aus Konkurrenzgründen lebhaft bekämpfte. Janson hat wegen des Vorwurfs der Schlappeit gefragt, ob Machts Beweise für das Gegenteil habe. Darauf soll Machts auf sein Vorgehen gegen die Kommunisten in Berlin hingewiesen haben. Nun Janson: Wie würden Sie sich stellen, wenn Sie gegen Nationalsozialisten vorgehen müssten? Darauf habe Machts ausweichend geantwortet. Nun habe Janson gesagt, dass er von seinem Kommissar verlange, dass er für Ruhe und Ordnung Sorge. Dann habe der Vorwurf der Selbstverstümmelung gegen Machts eine Rolle gespielt. Er, Janson, habe diesen Fall sehr unehrenhaft empfunden und Beweise für Machts' Tapferkeit im Kriege gefordert. Hier habe Machts auf das Zeugnis von Polizeioffizieren verwiesen. Darauf Janson: Das nützt Ihnen ja nichts,

Haben Sie nicht jemand aus dem nationalistischen Lager, von dem die Vorwürfe gegen Sie ausgehen? Bei dieser Frage greift der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Blüht, ein und stellt fest, dass Janson hier erklärt, er habe deshalb nach anderen als preussischen Polizeizeugnissen für Machts gefragt, weil in der Öffentlichkeit doch die preussische Polizei sehr stark als politisch eingestellt kritisiert werde. Welche Öffentlichkeit Herr Janson dabei im Auge habe, hat er freilich nicht gesagt.

Ministerialrat Guyet gibt folgende Darstellung: Nach einer Vorstellung Machts bei ihm habe er einen guten Eindruck gehabt und ihn an Janson empfohlen. Frick habe dann nach Machts gefragt und ihm einen sehr üblen Leumund nachgesagt. Das veranlasste G., den Jenaer Oberbürgermeister um Auskunft zu ersuchen, die sehr günstig ausfiel, und nur den Vorwurf der Drückebergerei im Krieg enthielt. Wegen diesem Vorwurf habe G. einen zufällig bei ihm anwesenden Privatmann Helbig gebeten, den Jenaer Kriminalkommissar Thilo um ein Gutachten zu ersuchen. Die Auskunft kam postwendend und beschuldigte Machts der Feigheit im Kriege. Sein Bruder sei ferner Mitglied der SPD. und Polizeioffizier zur besonderen Verwendung Severings.

Vorsitzender: Wer war Helbig?

Guyet: Er ist Privatmann und sonst Stahlhelmvorsitzender in Jena. Wenn die Beschuldigung wegen Feigheit im Kriege stimmt, würde Machts wohl keine Zustimmung zur Einstellung erreicht haben. Im übrigen habe er nie mit Frick über eine Putschmöglichkeit gesprochen.

Guyet sagt weiter aus, er habe den Passus aus Thilos Brief über die Mitgliedschaft des Bruders in der SPD. deshalb an Janson gegeben, weil dieser ein unpolitischen Mann wollte.

Verteidiger: Ist es in Thüringen nicht selbstverständlich, wenn man einen politisch zuverlässigen Menschen verlangt, auch unausgesprochen Rechtsstehende meint?

Guyet weicht aus. Er würde auf Thilo nicht ohne weiteres eingehen, da er leicht übertreibe und politisch zu schwarz sähe.

Der Eisenacher Stadtrat Sachs bestätigt im wesentlichen Jansons Darstellung. - Die Verhandlungen dauern an.

SPD. Paris, 14. November (Eig. Drahtb.)

Voll paradoxer Widersprüche wie sie begonnen hatte ist die grosse aussenpolitische Debatte in der Kammer am Freitag gegen vier Uhr zu Ende gegangen. Die 323 Abgeordneten, die der Regierung das Vertrauen aussprachen, sind in der Mehrzahl die gleichen, die bisher die Politik und die Person des Aussenministers verunglimpft und verleumdet haben. Die Opposition aber setzt sich zusammen aus den Parteien, die seit Jahren die Träger der Versöhnungspolitik gewesen sind. Wenn sie diesmal gegen die Regierung gestimmt haben, so geschah dies aus dem einfachen Grund, dass nach den Reden Briands und Tardieus niemand sagen kann, welches nun eigentlich die amtliche französische Aussenpolitik ist.

Briand hatte betont, dass der Erfolg der Hitler-Leute und die Entgleisungen deutscher Wahlredner ihm keinen Anlass zur Beunruhigung und noch weniger zu einer Änderung seiner Versöhnungspolitik gäben. Tardieu hat das glatte Gegenteil erklärt. Wo Briand die Versöhnung, die Organisation des Friedens in der ganzen Welt will, verlangt Tardieu Sicherheit und immer neue Garantien für die Verewigung der französischen Hegemonie. Wenn Briand erklärte, der Artikel 19 des Völkerbundspaktes gebe den interessierten Mächten ein unbestreitbares Recht, die Nachprüfung unerträglich gewordener Vertragsbestimmungen zu verlangen, betonte Tardieu schroff, jeder Versuch zur Revision bedeute Krieg. Wenn Briand zugab, dass die Präambel zu Teil fünf des Friedensvertrages eine bindende Abrüstungsverpflichtung für die Alliierten enthalte, behauptete Tardieu, Frankreichs Abrüstung sei freiwillig erfolgt, denn die Alliierten seien zu nichts verpflichtet. Zwischen Tardieu und Briand klafft also trotz aller

lauten Solidaritätsversicherungen ein Abgrund, der nicht zu überbrücken ist.

Es wird die Aufgabe der französischen Linksparteien sein, die Aussenpolitik Frankreichs von den üblen Nachwirkungen jener Burgfriedensparole Poincarés zu befreien, die in den französischen Parteien allmählich die schlimmsten Verwirrungen angerichtet hat.

SPD. Die Reichsratsausschüsse setzten am Freitag die Etatberatung fort. Erledigt wurden die Etats des Reichsverkehrsministeriums, des Auswärtigen Amtes und des Reichsernährungsministeriums. Darauf wurde die Einzelaussprache beim Haushalt des Reichswehrministeriums fortgesetzt. Die Entscheidung über die vorliegenden Anträge erfolgt erst bei der zweiten Lesung, die für Montag Nachmittag in Aussicht genommen ist. Am Sonnabend wird die erste Lesung des Etats zum Abschluss gebracht werden. Am Montag Vormittag stehen die Tabaksteuer, das Realsteuergesetz und die Wohnungsbauvorlagen zur zweiten Lesung.

SPD. Amsterdam, 14. November (Eig. Dr.)

In der Freitag-Nachmittagssitzung der zweiten niederländischen Kammer stellte Ministerpräsident Ruys de Beerenbrouck organisatorische Massnahmen grössten Stils zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise in Aussicht. Er kündigte die Errichtung eines Wirtschaftsrates und die völlige Umgestaltung des jetzigen Ministeriums für Arbeit, Handel und Gewerbe an, damit die erforderlichen Krisenmassnahmen im Rahmen eines systematischen Planes beschleunigt durchgeführt werden können.

Im weiteren Verlauf seiner Rede kam der Ministerpräsident auf die während der Aussprache zum Staatshaushalt mehrfach umstrittene Frage des Verhaltens der Sozialdemokratie bei einer etwaigen Mobilmachung zu sprechen. Er forderte, dass die Sozialdemokratie sich in dieser Hinsicht unzweideutig äussern solle, da die Regierung im entscheidenden Augenblick nur dann alle Massnahmen für einen guten Verlauf der Mobilmachung treffen könne.

SPD. Weimar, 14. November (Eig. Drahtb.)

Der thüringische Innenminister Frick hat an die Polizeibeamten der thüringischen staatlichen Polizei und Gendarmerie einen Erlass gerichtet, in dem alle "verfassungstreuen und ordnungsliebenden" Beamten gewarnt werden, dem Reichsminister des Innern für seinen Kampf gegen die Weimarer Putschzentrale irgendwelche Unterlagen zu liefern. Zum Schluss des unverschämten und provozierenden Erlasses heisst es :

"Wir warnen die Beamten, Einflüsterungen, Versprechungen und Verlockungen nachzugeben und weisen darauf hin, dass wir gegen jeden Angehörigen der staatlichen Polizei und Gendarmerie, der Dienstvergehen der genannten Art begeht, sofort mit schwersten Dienststrafen, wenn möglich durch sofortige Entlassung, einschreiten werden. Wir haben das Vertrauen zur Beamtenschaft der thüringischen Polizei, dass es nur dieses Hinweises zur Vermeidung weiterer Verräterien und weiterer Verletzungen der Amtsverschwiegenheit bedarf. Sollten einem Beamten etwas über ein geplantes oder vollendetes Dienstvergehen dieser Art oder über Versuche von nicht der Polizei angehörigen Organisationen und Persönlichkeiten in der genannten Richtung bekannt werden, so ist es seine dienstliche Pflicht, umgehend dem Ministerium auf dem Dienstwege Meldung zu erstatten."

+ + +

Und welches sind die "Verrätereien", deren sich republikanische Polizeibeamte in Thüringen schuldig gemacht haben? Sie bestehen darin, dass sich diese Beamte, wie es nicht nur ihr Recht sondern ihre Pflicht ist, gegen verfassungswidrige Methoden des Putschisten Frick als Polizeiminister gewandt haben. Dieses Pflichtbewusstsein muss sich selbstverständlich in dem Hirne eines Putschisten als Verräterei widerspiegeln. Aber das hält den gleichen Putschisten nicht ab, im gleichen Augenblick von Verfassungstreue zu reden.

SPD. New York, 14. November (Eig. Drahtb.)

Die Kupferindustriellen beschlossen nach zweiwöchigen Verhandlungen eine radikale Einschränkung der Weltkupferproduktion. In einer Entschliessung wird der Ausgleich zwischen Produktion und Verbrauch empfohlen, was auf eine monatliche Produktionseinschränkung von 20 000 Tonnen hinausläuft. Dieser Beschluss ist im Hinblick auf die in diesen Tagen im peruanischen Kupfergebiet zu verzeichnenden Unruhen besonders interessant. Die Kupferpreise gingen in den letzten 1½ Jahren von 24 Cent auf 9,5 Cent zurück. Das ist der niedrigste Kupferpreis seit dem Jahre 1895.

SPD, Amtlich wird mitgeteilt: Die von dem Kabinettsausschuss für Arbeits- und Preisfragen am Donnerstag in Aussicht gestellte Verlautbarung hat folgenden Wortlaut :

"Wie die Reichsregierung in ihrem Wirtschafts- und Finanzprogramm betont hat, ist die Herabsetzung der Preise auf der ganzen Linie eine Notwendigkeit. Durch Verbilligung von Erzeugung und Verbrauch muss die Wirtschaft neu belebt werden. Verbilligung des Verbrauchs, Senkung der Lebenshaltungskosten sind insbesondere auch geboten, um die Wirkungen abzuschwächen, die sich aus der Kürzung der Beamtenbezüge und aus Lohnsenkungen ergeben. Ihr Ziel ist ebenfalls, die Lasten zu ermässigen, die auf der Erzeugung ruhen.

Niemand darf und wird sich auf die Dauer dieser zwangsläufigen Entwicklung entziehen können. Sache der Regierung ist es, sie mit allen Kräften zu fördern, damit die Schäden und Nachteile der Uebergangszeit zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage, von Preisen und Kaufkraft abgekürzt und das Millionenheer der Arbeitslosen so rasch wie möglich der schaffenden Tätigkeit wieder zugeführt wird.

Die ungezählten und vielgestaltigen wirtschaftlichen Vorgänge des täglichen Lebens können nun aber nicht durch staatlichen Zwang in diesem Sinne einheitlich und plötzlich gestaltet werden. Zwang ist geboten, wenn der wirtschaftlichen Entwicklung wider bessere Erkenntnis Hindernisse bereitet werden, die anders nicht zu beseitigen sind. In diesem Sinne fördernd diese Verbilligungstendenzen zu stützen, ist die Aufgabe des Kabinettsausschusses für Arbeits- und Preisfragen.

Fast noch wichtiger aber als Zwang ist neben den Verhandlungen des Staates zu gütlicher Lösung der Fragen der Druck der Verbraucher und der öffentlichen Meinung auf Widerstrebende.

Wenn durch die Hand der Hausfrau jährlich etwa 25 Milliarden deutschen Volkseinkommens gehen, so ist es vornehmlich auch sie, die auf die Preishaltung stärksten Einfluss nehmen kann. Sie kann die Verkäufer und die Waren bevorzugen, durch die sie billiger und besser bedient wird als durch andere:

Die öffentliche Meinung braucht es nicht zu dulden, dass durch Zurückhaltung im Preisabbau Einzelne unberechtigte Vorteile haben, wenn andere in richtiger Erkenntnis der Lage Opfer bringen. Sie kann und muss auch hier der Gerechtigkeit zum Siege verhelfen. Der Presse jeder Richtung und Grösse, besonders auch den Zeitungen auf dem Lande, sind hier wichtige volkswirtschaft-

schaftliche Aufgaben erwachsen, die verdienstvoll gelöst werden können.

Gerechtigkeit kann insbesondere der Landwirt fordern, dessen Preise weit unter den Stand derer anderer Waren hinabgeglitten sind. Wird dieser Bewegung Einhalt geboten, wird versucht, in angemessenen Grenzen die Preise der Agrarerzeugnisse unter anderen Waren einander anzunähern, dann braucht daraus für die Lebenshaltungskosten der breiten Massen keinerlei Nachteil zu entstehen. Denn die rückläufige Bewegung der Preise, die der letzte Verbraucher zu zahlen hat, muss dadurch auch weiter möglich sein, dass sich der Unterschied der Preisspannen in gerechter Weise auf die Zwischenglieder verteilt.

Die folgende knappe Zusammenstellung soll eine gewisse Uebersicht darüber geben, welche Fortschritte die Abwärtsbewegung der Preise in letzter Zeit auf einzelnen Wirtschaftsgebieten, meist infolge der staatlichen Massnahmen, gemacht hat.

Gewiss sind an sich die Lebenshaltungskosten für den Verbraucher unmittelbar von sinnfälligster Bedeutung. Trotzdem ist aber auch für ihn gleich wichtig, wenn die Urstoffe der Wirtschaft verbilligt werden. Daher steht die inzwischen erreichte Herabsetzung der Kohlenpreise um 6 % im Vordergrund. Sie wird sich für den Verbraucher in allen Richtungen auswirken. Ferner sind die Holzpreise um 17 bis 20 %, die Preise für Walzwerksprodukte um 3 % ermässigt worden. Von den Baustoffen sind im Durchschnitt Zement um 10 %, Ziegel um 10 bis 15 %, Fensterglas um 22 % und Platten um 35 bis 40 % im Preise gesunken. Der Index der gesamten Baukosten ist seit Januar dieses Jahres um 11 % zurückgegangen.

Wenn so die Preise in den Grundlagen der Wirtschaft weichen, dann muss davon der ganze Preisaufbau beeinflusst werden, der darauf ruht. Ähnliches gilt von den Kosten der Nahrungsmittel, die für den realen Wert des Lohnes von entscheidender Bedeutung sind. Von den Nahrungsmitteln ist der Brotpreis von 50 Rpf auf 46 Rpf. für das Normalbrot herabgesetzt worden unter gleichzeitiger Erhöhung des Gewichtes von 1225 Gramm auf 1250 Gramm. Das bedeutet eine Ermässigung um 10 %. Ferner soll in Zukunft das Brot einheitlich nach Gewicht verkauft werden. Damit wird einem lange gehegten Wunsche der Bevölkerung Rechnung getragen. Das Pfund Schweinefleisch ist um 5 Rpf. billiger geworden. Der Preis für Kartoffeln hat sich auf 23 bis 30 Rpf. für je 10 Pfund gesenkt gegenüber einem Preise von 40 bis 45 Rpf. im Oktober d.J. Der Literpreis der Milch ist für Berlin um 1 Rpf auf 29 Rpf. gesenkt worden: im Oktober 1929 betrug er noch 32 Rpf. Dabei ist zu berücksichtigen, dass durch Einführung der Qualitätsbezahlung für Milch dem Handel Mehr-Aufwendungen entstanden sind, auf deren Einrechnung in den Milchpreis er bei den Verhandlungen verzichtet hat. Bei Gemüse und Obst haben die Verkäufer eine Preissenkung grundsätzlich zugesagt. Die Einzelheiten werden noch im Benehmen mit der Marktforschungsstelle geregelt.

Zunächst gelten diese Vereinbarungen nur für Berlin. Das Preussische Handelsministerium hat bei ihrem Zustandekommen mitgewirkt. Es wird dafür sorgen, dass auch die zuständigen Behörden im Lande in gleicher Weise eingreifen. Mit den Regierungen der anderen Länder wird die Reichsregierung selbstverständlich ebenfalls in diesem Sinne zusammenarbeiten.

Bedeutsam ist in diesem Rahmen, dass der Deutsche Städtetag in Unterstützung der amtlichen Aktion inzwischen sämtliche Stadtverwaltungen zu tatkräftiger Mitarbeit an dieser wichtigsten volkswirtschaftlichen Aufgabe aufgerufen hat. Es ist nicht zu zweifeln, dass im Zusammenwirken aller Behörden die Bewegung eine starke Stütze findet, die auf die allgemeine Preissenkung gerichtet ist.

Als weitere Beispiele für die Abwärtsbewegung der Preise seien erwähnt die Preisrückgänge der einzelnen Markenartikel auf dem Nahrungsmittelgebiete, wie Malzkaffee, Honig, Makkaroni um 5 bis 12,7 %. Auch einige andere Markenartikel sind dieser Bewegung bereits gefolgt, dies im Ausmasse von 5 bis 20%.

Auf dem Gebiete der Eisenverarbeitung beträgt die Preisermässigung bei ein

einer Anzahl von Waren $3 \frac{1}{4} \%$ bis 10% , bei Messing- und Kupferfabrikaten 25 bis 40% , bei Aluminium 10% und den Erzeugnissen daraus 8% . Gummireifen weisen eine Preisermässigung von 10% , Linoleum im Durchschnitt von $5,3 \%$; einzelne Sorten von Zündhölzern von 8 bis 20% , Papier von 8 bis 10% auf. Orthopädische Hilfsmittel haben einen Preisabschlag von 8% , orthopädisches Schuhwerk einen solchen von 10% erfahren.

In manchen dieser und anderer Fälle werden sich die Abschläge vom Preise im Einzelhaushalt nur in Pfennigbeträgen auswirken. Wer sich der Inflations-sitte noch nicht entwöhnen kann, auf 5 oder 10 Pfennigbeträge abzurunden, der wird genug Gelegenheit haben, den Erfolg der Preissenkungen zu verkleinern. Tatsächlich aber ist die Zeit dazu zu ernst. Auch der Bruchteil eines Pfennigs gewinnt in der Volkswirtschaft mehr Bedeutung denn je. Darum muss der Pfennig als Rechnungseinheit anerkannt und gewertet werden. Die erforderlichen Massnahmen sind in Vorbereitung, die es ermöglichen sollen, dem auch im Zahlungsverkehr Rechnung zu tragen.

So wird der Kabinettsausschuss für Arbeits- und Preisfragen mit allem Nachdruck an die weitere Entlastung der Wirtschaft durch Preisermässigungen herangehen."

SPD. Paris, 14. November (Eig. Drahtb.)

Die französische Kammer hat am Freitag nachmittag mit der Diskussion über die Börsenkrise und den Oustric-Skandal begonnen. Was dabei über die dunklen Hintergründe dieser Affäre zutage gefördert wurde, ist für die Regierung Tardieu und einige ihrer hervorragendsten Mitglieder mehr als belastend.

Als erster Redner ergriff der sozialistische Abg. Monnet das Wort. Er begann mit einem scharfen Angriff gegen den Justizminister Raoul Peret, der dem Spekulationsbankier Oustric als Rechtsberater diente. Die Zusammenarbeit zwischen Peret und Oustric habe schon im Jahre 1926 begonnen. Damals, an dem Tage, wo Peret nach der Demission des Kabinetts Briand sein Amt als Finanzminister an seinen Nachfolger Caillaux abgetreten habe, habe er noch schnell die Aktien der zum Oustric-Konzern gehörenden Kunstseidefabrik Snia Viscosa zur offiziellen Börsennotiz zugelassen.

Sofort erhebt sich der beschuldigte Minister zornbevend und erklärt, die Börsenzulassung sei regulär erfolgt. Alle zuständigen Stellen hätten ihre Zustimmung dazu gegeben, obwohl der Quai d'Orsay anfänglich Bedenken erhoben habe (Zuruf von links: Aha!) Immer erregter werdend erklärt Peret, er habe in der Tat den Bankier Oustric einige Male gesehen, und er habe ihm seine juristische Ratschläge nicht verweigern können. Aber nachdem er 20 Jahre lang ein parlamentarischer Leben ohne Makel geführt habe, habe man nicht das Recht, ihn finanzieller Kupplerdienste zu beschuldigen. In seiner Eigenschaft als Justizminister könne er nur versichern, dass die Klage gegen Oustric wegen Betrugs, Unterschlagung und Wechselreiterei, die einer seiner geschädigten Kunden eingereicht habe, einen normalen Verlauf nehmen werde. - Der Sozialist Monnet lässt sich aber durch die Entschuldigungen des Justizministers nicht besänftigen. Er schliesst seine Rede mit der Forderung, dass die Regierung Tardieu, diese Regierung der "Skandal- und Geschäftspolitik", sofort verschwinde.

Als zweiter Redner unternahm der radikale Abg. Bonnet einen viel umfangreicheren Angriff gegen die Regierung. Er stellte zunächst fest, dass der Krach Oustric die französischen Sparer mindestens $1 \frac{1}{2}$ Milliarden Franken gekostet habe. Die kleine Gefälligkeit Perets sei bei weitem nicht alles gewesen, was Oustric an Unterstützungen von offizieller Seite zuteil geworden sei. Zweimal habe ihn die Bank von Frankreich vor dem sicheren Untergang gerettet, indem sie ihm einmal 157 Millionen, das andere Mal 160 Millionen gegen Wechsel geliehen habe. In beiden Fällen habe Oustric neun Monate Frist erhalten, während sonst die Bank von Frankreich Kredite über drei Monate hinaus nicht zu geben pflege. Wie erkläre sich nun diese Begünstigung? Finanz-

Minister Reynaud sei gegenüber Oustric ebenfalls nur eitel Freundlichkeit gewesen. Seit sechs Monaten habe alle Welt an der Börse die Schwierigkeiten Oustrics gekannt, aber noch am 1. September habe Reynaud 90 Millionen neuer Aktien Oustrics durch die Zulassung zur Börse in den Verkehr pumpen lassen, deren Wert heute kaum noch dem des Druckpapiers entspreche. Am 18. Oktober habe das künstlich in die Höhe getriebene Kursgebäude Oustrics deutlich zu wanken begonnen. Was hätten da der Finanzminister Reynaud und der Justizminister Peret getan? Sie hätten am 19. Oktober jenen famosen Polizeifeldzug gegen die Baisse-Spekulation an der Pariser Börse eröffnet. Das sei der Triumph Oustrics gewesen, denn seine Gegner an der Börse seien als Verräter und Schädiger der nationalen Finanzen gebrandmarkt worden. Wie sei dies nur möglich gewesen, fragt Bonnet? Er verlangt unbedingt eindeutige Antworten vom Finanzminister. Wie habe die Regierung es wagen können, die Manöver eines Spekulanten wie Oustric derart zu begünstigen, diese Manöver, die eine schwere Vertrauenskrise in der ganzen französischen Bankenwelt hervorgerufen und die Bank von Frankreich zur Erhöhung ihres Notenumlaufs um über zwei Milliarden gezwungen haben..

Finanzminister Reynaud sucht sich in einer recht farblosen Rede zu entschuldigen. Er habe immer in aller Ehrlichkeit gehandelt (Zwischenrufe von den Bänken der Sozialisten: Oho, Ehrlichkeit!). Erregt erklärt Reynaud, dass man nicht berechtigt sei, ihn zu verleumden. Was die Zulassung der Oustric-Aktien zur Börse angehe, so habe der Finanzminister darauf keinen Einfluss. Das Gesetz von 1920 habe die Zulassungserlaubnis des Finanzministeriums abgeschafft. Die Kredite der Bank von Frankreich für Oustric habe er ebenfalls nicht verhindern können, denn die Oustric-Wechsel seien von der Société Generale präsentiert worden. Ueberhaupt habe er keine Handhabe, gegen die spekulativen Manöver Oustrics gehabt. Die Regierung sei ohnmächtig vor einem solchen Börsenmanöver.

SPD. London, 14. November (Eig. Drahtb.)

Mit dem Dank aller Ländervertreter an den Vorsitzenden MacDonald schloss am Freitag die diesjährige britische Reichskonferenz.

Die konservative Presse ist bemüht, die Konferenz als völligen Fehlschlag zu bezeichnen, und sie in der Arbeiterregierung anzukreiden. Fehlgeschlagen sind in Wirklichkeit die konservativen Zollpläne. Die Reichszollidee der Beaverbrook und Rothermere war bereits am ersten Tage der Konferenz begraben und der kanadische Ruf nach Getreidezöllen vor allem an dem unbeugsamen Widerstand der Arbeiterregierung gescheitert. Auf das Ergebnis der Konferenz wird noch zurückzukommen sein. Das eine kann jedoch heute bereits gesagt werden: Wenn es einen Sieger auf dieser Konferenz gegeben hat, so ist das der Freihandel. Das britische Reich ist vor einem Zollkrieg mit dem Ausland bewahrt worden, der geeignet gewesen wäre, die Weltwirtschaftskrise in der unheilvollsten Weise zuzuspitzen. Bewahrt geblieben sind aber auch die arbeitenden Massen Englands und seiner Ueberseestaaten vor einer Erhöhung der Getreide- und Lebensmittelpreise. Ausdrücklich stellt dies der von der Konferenz herausgegebene Schlussbericht als eines der Konferenzziele fest. Dadurch ist gleichzeitig festgestellt, dass der Schutz der arbeitenden Massen das Hauptziel der Arbeiterregierung gewesen und dieses Prinzip gegen den konservativen kanadischen Ministerpräsidenten von der Mehrheit der Konferenzteilnehmer gebilligt worden ist. Zölle und Brotverteuerung sind als Heilmittel gegen die Wirtschaftskrise abgelehnt worden. Das ist die grosse Lehre, die die englische Arbeiterregierung aller Welt vor Augen hält. Die schwer leidenden und ringenden Volksmassen aller Länder werden dies der englischen Arbeiterregierung dankbar zu Buche schreiben; denn die Rückwirkungen englischer Zölle und britischer Zollabschnürung gegen das Ausland hätten neue Not und vermehrte Arbeitslosigkeit, wenn nichts Schlimmeres, für alle Nationen bringen müssen.

Politisch hat die Konferenz den britischen Völkerbund weiter ausgestaltet, und wer das ungeheure britische Völker- und Staatengemisch betrachtet, muss

einer Anzahl von Waren 3 1/4 % bis 10 %, bei Messing- und Kupferfabrikaten 25 bis 40 %, bei Aluminium 10 % und den Erzeugnissen daraus 8 %. Gummireifen weisen eine Preisermässigung von 10 %, Linoleum im Durchschnitt von 5,3 %, einzelne Sorten von Zündhölzern von 8 bis 20 %, Papier von 8 bis 10 % auf. Orthopädische Hilfsmittel haben einen Preisabschlag von 8 %, orthopädisches Schuhwerk einen solchen von 10 % erfahren.

In manchen dieser und anderer Fälle werden sich die Abschläge vom Preise im Einzelhaushalt nur in Pfennigbeträgen auswirken. Wer sich der Inflationssitte noch nicht entwöhnen kann, auf 5 oder 10 Pfennigbeträge abzurunden, der wird genug Gelegenheit haben, den Erfolg der Preissenkungen zu verkleinern. Tatsächlich aber ist die Zeit dazu zu ernst. Auch der Bruchteil eines Pfennigs gewinnt in der Volkswirtschaft mehr Bedeutung denn je. Darum muss der Pfennig als Rechnungseinheit anerkannt und gewertet werden. Die erforderlichen Massnahmen sind in Vorbereitung, die es ermöglichen sollen, dem auch im Zahlungsverkehr Rechnung zu tragen.

So wird der Kabinettsausschuss für Arbeits- und Preisfragen mit allem Nachdruck an die weitere Entlastung der Wirtschaft durch Preisermässigungen herangehen."

SPD. Paris, 14. November (Eig. Drahtb.)

Die französische Kammer hat am Freitag nachmittag mit der Diskussion über die Börsenkrise und den Oustric-Skandal begonnen. Was dabei über die dunklen Hintergründe dieser Affäre zutage gefördert wurde, ist für die Regierung Tardieu und einige ihrer hervorragendsten Mitglieder mehr als belastend.

Als erster Redner ergriff der sozialistische Abg. Monnet das Wort. Er begann mit einem scharfen Angriff gegen den Justizminister Raoul Peret, der dem Spekulationsbankier Oustric als Rechtsberater diente. Die Zusammenarbeit zwischen Peret und Oustric habe schon im Jahre 1926 begonnen. Damals, an dem Tage, wo Peret nach der Demission des Kabinetts Briand sein Amt als Finanzminister an seinen Nachfolger Caillaux abgetreten habe, habe er noch schnell die Aktien der zum Oustric-Konzern gehörenden Kunstseidefabrik Snia Viscosa zur offiziellen Börsennotiz zugelassen.

Sofort erhebt sich der beschuldigte Minister zornbevend und erklärt, die Börsenzulassung sei regulär erfolgt. Alle zuständigen Stellen hätten ihre Zustimmung dazu gegeben, obwohl der Quai d'Orsay anfänglich Bedenken erhoben habe (Zuruf von links: Aha!) Immer erregter werdend erklärt Peret, er habe in der Tat den Bankier Oustric einige Male gesehen, und er habe ihm seine juristische Ratschläge nicht verweigern können. Aber nachdem er 20 Jahre lang ein parlamentarischer Leben ohne Makel geführt habe, habe man nicht das Recht, ihn finanzieller Kupplerdienste zu beschuldigen. In seiner Eigenschaft als Justizminister könne er nur versichern, dass die Klage gegen Oustric wegen Betrugs, Unterschlagung und Wechselreiterei, die einer seiner geschädigten Kunden eingereicht habe, einen normalen Verlauf nehmen werde. - Der Sozialist Monnet lässt sich aber durch die Entschuldigungen des Justizministers nicht besänftigen. Er schliesst seine Rede mit der Forderung, dass die Regierung Tardieu, diese Regierung der "Skandal- und Geschäftspolitik", sofort verschwinde.

Als zweiter Redner unternahm der radikale Abg. Bonnet einen viel umfangreicheren Angriff gegen die Regierung. Er stellte zunächst fest, dass der Krach Oustric die französischen Sparer mindestens 1 1/2 Milliarden Franken gekostet habe. Die kleine Gefälligkeit Perets sei bei weitem nicht alles gewesen, was Oustric an Unterstützungen von offizieller Seite zuteil geworden sei. Zweimal habe ihn die Bank von Frankreich vor dem sicheren Untergang gerettet, indem sie ihm einmal 157 Millionen, das andere Mal 160 Millionen gegen Wechsel geliehen habe. In beiden Fällen habe Oustric neun Monate Frist erhalten, während sonst die Bank von Frankreich Kredite über drei Monate hinaus nicht zu geben pflege. Wie erkläre sich nun diese Begünstigung? Finanz-

Minister Reynaud sei gegenüber Oustric ebenfalls nur eitel Freundlichkeit gewesen. Seit sechs Monaten habe alle Welt an der Börse die Schwierigkeiten Oustrics gekannt, aber noch am 1. September habe Reynaud 90 Millionen neuer Aktien Oustrics durch die Zulassung zur Börse in den Verkehr pumpen lassen, deren Wert heute kaum noch dem des Druckpapiers entspreche. Am 18. Oktober habe das künstlich in die Höhe getriebene Kursgebäude Oustrics deutlich zu wanken begonnen. Was hätten da der Finanzminister Reynaud und der Justizminister Peret getan? Sie hätten am 19. Oktober jenen famosen Polizeifeldzug gegen die Baisse-Spekulation an der Pariser Börse eröffnet. Das sei der Triumph Oustrics gewesen, denn seine Gegner an der Börse seien als Verräter und Schädiger der nationalen Finanzen gebrandmarkt worden. Wie sei dies nur möglich gewesen, fragt Bonnet? Er verlangt unbedingt eindeutige Antworten vom Finanzminister. Wie habe die Regierung es wagen können, die Manöver eines Spekulanten wie Oustric derart zu begünstigen, diese Manöver, die eine schwere Vertrauenskrise in der ganzen französischen Bankenwelt hervorgerufen und die Bank von Frankreich zur Erhöhung ihres Notenumlaufs um über zwei Milliarden gezwungen haben.

Finanzminister Reynaud sucht sich in einer recht farblosen Rede zu entschuldigen. Er habe immer in aller Ehrlichkeit gehandelt (Zwischenrufe von den Bänken der Sozialisten: Oho, Ehrlichkeit!). Erregt erklärt Reynaud, dass man nicht berechtigt sei, ihn zu verleumen. Was die Zulassung der Oustric-Aktien zur Börse angehe, so habe der Finanzminister darauf keinen Einfluss. Das Gesetz von 1920 habe die Zulassungserlaubnis des Finanzministeriums abgeschafft. Die Kredite der Bank von Frankreich für Oustric habe er ebenfalls nicht verhindern können, denn die Oustric-Wechsel seien von der Société Generale präsentiert worden. Ueberhaupt habe er keine Handhabe, gegen die spekulativen Manöver Oustrics gehabt. Die Regierung sei ohnmächtig vor einem solchen Börsenmanöver.

SPD. London, 14. November (Eig. Drahtb.)

Mit dem Dank aller Ländervertreter an den Vorsitzenden MacDonald schloss am Freitag die diesjährige britische Reichskonferenz.

Die konservative Presse ist bemüht, die Konferenz als völligen Fehlschlag zu bezeichnen, und sie in der Arbeiterregierung anzukreiden. Fehlgeschlagen sind in Wirklichkeit die konservativen Zollpläne. Die Reichszollidee der Beaverbrook und Rothermere war bereits am ersten Tage der Konferenz begraben und der kanadische Ruf nach Getreidezöllen vor allem an dem unbeugsamen Widerstand der Arbeiterregierung gescheitert. Auf das Ergebnis der Konferenz wird noch zurückzukommen sein. Das eine kann jedoch heute bereits gesagt werden: Wenn es einen Sieger auf dieser Konferenz gegeben hat, so ist das der Freihandel. Das britische Reich ist vor einem Zollkrieg mit dem Ausland bewahrt worden, der geeignet gewesen wäre, die Weltwirtschaftskrise in der unheilvollsten Weise zuzuspitzen. Bewahrt geblieben sind aber auch die arbeitenden Massen Englands und seiner Ueberseestaaten vor einer Erhöhung der Getreide- und Lebensmittelpreise. Ausdrücklich stellt dies der von der Konferenz herausgegebene Schlussbericht als eines der Konferenzziele fest. Dadurch ist gleichzeitig festgestellt, dass der Schutz der arbeitenden Massen das Hauptziel der Arbeiterregierung gewesen und dieses Prinzip gegen den konservativen kanadischen Ministerpräsidenten von der Mehrheit der Konferenzteilnehmer gebilligt worden ist. Zölle und Brotvertéuerung sind als Heilmittel gegen die Wirtschaftskrise abgelehnt worden. Das ist die grosse Lehre, die die englische Arbeiterregierung aller Welt vor Augen hält. Die schwer leidenden und ringenden Volksmassen aller Länder werden dies der englischen Arbeiterregierung dankbar zu Buche schreiben; denn die Rückwirkungen englischer Zölle und britischer Zollabschnürung gegen das Ausland hätten neue Not und vermehrte Arbeitslosigkeit, wenn nichts Schlimmeres, für alle Nationen bringen müssen.

Politisch hat die Konferenz den britischen Völkerbund weiter ausgestaltet, und wer das ungeheure britische Völker- und Staatengemisch betrachtet, muss

anererkennend diesen Zusammenhalt bewundern, der auch dem Völkerbund an diesem britischen Beispiel zeigt, dass es Mittel und Wege zum Frieden, zum Ausgleich und zur Verständigung geben muss. Dem Völkerbund sagt ein Beschluss der Reichskonferenz, dass sämtliche britischen Reichsstaaten in den Völkerbundsfragen und vor allem in der Entwaffnung geschlossen hinter England stehen.

Wirtschaftlich hat die Konferenz an dem Verhältnis zwischen England und seinen Überseestaaten nichts geändert. Wo Zölle bestehen, bleiben sie für die nächsten drei Jahre unberührt. Alle anderen wirtschaftlichen Fragen sind in der Schwebe gelassen und eine in Kanada stattfindende neue britische Wirtschaftskonferenz wird sich im kommenden Jahre damit beschäftigen, wie die Handelsbeziehungen der britischen Länder untereinander und mit dem Ausland ausgestaltet werden können. Dies entspricht auch einer auf dem letzten Gewerkschaftskongress angenommenen Entschliessung. So trägt die britische Reichskonferenz von 1930 in jeder Beziehung den unverwischbaren Stempel der englischen Arbeiterregierung.

SPD. Eisenach, 14. November (Eig. Drahtb.)

In dem Prozess des Eisenacher Oberbürgermeisters Janson gegen die "Eisenacher Volkszeitung" wurde der verantwortliche Redakteur des Blattes Schroot zu einem Monat Gefängnis verurteilt. In der Begründung des Urteils betonte der Vorsitzende, dass der Vorwurf des Hochverrats ein sehr schwerer sei: Der Wahrheitsbeweis habe nicht erbracht werden können. Die Glaubwürdigkeit des Hauptzeugen Machts sei durch entgegengesetzte Zeugenaussagen erschüttert worden.

Im weiteren Verlauf der Beweisaufnahme hielt der Zeuge Machts die Darstellung über seine Unterredung mit Oberbürgermeister Janson in allen Punkten aufrecht. Danach habe Janson im Berliner Hotel Exzelsior sofort nach Machts politischer Einstellung gefragt. Machts antwortete ausweichend, weil er fürchtete, sonst nicht angestellt zu werden. Darauf Janson: Was würden Sie tun, wenn Nationalsozialisten und Stahlhelm losschlagen würden? Machts: An meine Befehle halten. Janson: Was aber täten Sie aus eigener Einstellung? Machts: Ich hielt mich an die allgemeine Beamtenpflicht. Mit dieser Auskunft war Janson unzufrieden und forderte die Beibringung von Zeugnissen national eingestellter Männer. Wörtlich (auf Vorhalt bestätigt Machts dies ausdrücklich) hat Janson gesagt: "Preussische Offiziere sind in Thüringen keine Kronzeugen, die sind alle verseucht." Janson: Ich kann gesagt haben: gelten als versucht.

Machts: Nein, ich weiss bestimmt, er sprach: sind alle verseucht. Janson habe fortgefahren, Frick habe sich über Machts ungünstig ausgesprochen, da müsse er Fürsprecher aus nationalsozialistischen oder Stahlhelmkreisen bringen. Zeuge Machts, der sehr bestimmte und klare Aussagen macht, schildert darauf ausführlich die Schikanen, denen er als 18jähriger Offizier im Kriege ausgesetzt war. Drei Zeugen sagen über Machts Verhalten im Kriege sehr ungünstig aus. Die von der Verteidigung beantragte Vernehmung von Zeugen, die günstig aussagen würden, lehnt das Gericht ab.

Der Staatsanwalt hält in seinem Plädoyer die Darstellung des Berliner Gespräches, die Machts gibt, für unwahrscheinlich. Er hält manche Aussage dessen Aufgeregtheit zugute. Für den Vorwurf des Hochverrats durch Janson sei kein Beweis erbracht. Bei der Schwere des Vorwurfs beantrage er vier Monate Gefängnis für den Angeklagten. Der Anwalt Jansons legte es besonders darauf an, die Glaubwürdigkeit Machts zu erschüttern. Dagegen verwahrt sich der Verteidiger Schroots ganz entschieden. Er stellt im übrigen fest, dass beide Teile eine ziemlich gleiche Darstellung gaben, nur mit einem verschiedenen Tenor. Auf diesen Tenor aber komme es doch sehr an. Ein Mord an Machts sei aber die einstimmige Vernehmung ungünstiger Zeugen über die Kriegserlebnisse aus frühester Jugend.

Gegen das Urteil wird sofort Berufung eingelegt werden.

SPD. Tokio, 14. Nov. (Eig.Drahtb.)

Am Freitag vormittag wurde auf den japanischen Ministerpräsidenten Hamaguchi ein Attentat verübt. Der Ministerpräsident war gerade im Begriff, einen Eisenbahnzug zu besteigen, um an den diesjährigen Herbstmanövern der japanischen Armee teilzunehmen, als ein junger 23 jähriger Mann auf ihn zutrat und ihm einen Schuss in den Unterleib beibrachte. Hamaguchi sank schwer getroffen zu Boden. Der Täter, ein Anhänger der japanischen Nationalisten, wurde verhaftet:

Der Attentäter war und ist - wie er im Verlauf der Vernehmung erklärte - der Ansicht, dass durch die Beseitigung des japanischen Regierungschefs auch die in Japan verhängnisvoll wirkende Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen sei. Auch die Aussenpolitik soll bei diesem Attentat eine wichtige Rolle spielen. Das Ministerium Hamaguchi hat das Londoner Flottenabkommen und die damit verbundenen Rüstungseinschränkungen unterzeichnet. Ein solches Kabinett ist natürlich in den Augen der japanischen Nationalisten doppelt schuldig und verdient nichts anderes als Revolverschüsse. So zeigt das Attentat alle wirtschaftlichen und politischen Furien, die die Wirtschaftskrise in der ganzen Welt ausgelöst hat und die heute in allen Ländern - fern oder nah - mit gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen auch die gleichen politischen Stimmungen auslöst.

Hamaguchi ist 60 Jahre alt. Er ist seit 1929 amtierender Ministerpräsident und Führer der japanischen Liberalen. Die Kugel konnte trotz einer Operation noch nicht entfernt werden. Zu einer zweiten Operation reichen die Kräfte des Verwundeten noch nicht aus. Im Laufe des Freitag mussten drei Bluttransformationen vorgenommen werden. Die erste Uebertragung erfolgte aus dem Körper des Sohnes des Ministerpräsidenten.

SPD. Wien, 14. Nov. (Eig.Drahtb.)

Aus den jetzt vorliegenden Ergebnissen der Nationalratswahlen in den Wiener Garnisonen ergibt sich, dass die Christlichsozialen in den Kasernen eine Niederlage erlitten haben. Während bei den Vertrauensmännerwahlen der Soldaten, bei denen sich der Druck der Offiziere ganz unmittelbar auswirkt und das Wahlgeheimnis nur sehr unvollkommen gewahrt ist, sich der christlichsoziale Wehrbund bisher auch in Wien eine grosse Mehrheit sichern konnte, haben die Christlichsozialen bei den Nationalratswahlen kaum ein Drittel der Soldatenstimmen erhalten.

Von 6652 in den Kasernen wahlberechtigten Männern haben 5733 abgestimmt. Die Zahl der Wehrmänner ohne Offiziere beträgt 4844. Davon erhielten die Sozialdemokraten 2311 Stimmen, die Christlichsozialen 2240, der Schoberblock 480, der Heimatblock 168, die Nationalsozialisten 461 und die Kommunisten 18 Männerstimmen. Danach hat die Sozialdemokratie die anderen Parteien auch in den Kasernen überflügelt. Dieses Wahlergebnis ist für das System Vaugoin niederschmetternd. Es zeigt, dass es Herrn Vaugoin keineswegs gelungen ist, die Wehrmacht von "den Roten" restlos zu säubern.

SPD. London, 14. Nov. (Eig.Drahtb.)

Die Vorschläge des indischen Vizekönigs finden selbst in der "Times" nur eine kühle Aufnahme. Sie werden in diesem Blatt zwar als wertvolle Einzelbeiträge zur indischen Frage bewertet, mehr seien sie aber nicht.

Der "Daily Herald" erinnert am Freitag wieder daran, dass am Anfang aller Beratungen der Konferenz nur eines stehen könne: der Dominion status. Alle anderen Fragen, so schwer sie auch sein mögen, ständen erst in zweiter Linie.

aner kennend diesen Zusammenhalt bewundern, der auch dem Völkerbund an diesem britischen Beispiel zeigt, dass es Mittel und Wege zum Frieden, zum Ausgleich und zur Verständigung geben muss. Dem Völkerbund sagt ein Beschluss der Reichskonferenz, dass sämtliche britischen Reichsstaaten in den Völkerbundsfragen und vor allem in der Entwaffnung geschlossen hinter England stehen.

Wirtschaftlich hat die Konferenz an dem Verhältnis zwischen England und seinen Überseestaaten nichts geändert. Wo Zölle bestehen, bleiben sie für die nächsten drei Jahre unberührt. Alle anderen wirtschaftlichen Fragen sind in der Schwebe gelassen und eine in Kanada stattfindende neue britische Wirtschaftskonferenz wird sich im kommenden Jahre damit beschäftigen, wie die Handelsbeziehungen der britischen Länder untereinander und mit dem Ausland ausgestaltet werden können. Dies entspricht auch einer auf dem letzten Gewerkschaftskongress angenommenen Entschliessung. So trägt die britische Reichskonferenz von 1930 in jeder Beziehung den unverwischbaren Stempel der englischen Arbeiterregierung.

SPD. Eisenach, 14. November (Eig. Drahtb.)

In dem Prozess des Eisenacher Oberbürgermeisters Janson gegen die "Eisenacher Volkszeitung" wurde der verantwortliche Redakteur des Blattes Schroot zu einem Monat Gefängnis verurteilt. In der Begründung des Urteils betonte der Vorsitzende, dass der Vorwurf des Hochverrats ein sehr schwerer sei: Der Wahrheitsbeweis habe nicht erbracht werden können. Die Glaubwürdigkeit des Hauptzeugen Machts sei durch entgegengesetzte Zeugenaussagen erschüttert worden.

Im weiteren Verlauf der Beweisaufnahme hielt der Zeuge Machts die Darstellung über seine Unterredung mit Oberbürgermeister Janson in allen Punkten aufrecht. Danach habe Janson im Berliner Hotel Exzelsior sofort nach Machts politischer Einstellung gefragt. Machts antwortete ausweichend, weil er fürchtete, sonst nicht angestellt zu werden. Darauf Janson: Was würden Sie tun, wenn Nationalsozialisten und Stahlhelm losschlagen würden? Machts: An meine Befehle halten. Janson: Was aber täten Sie aus eigener Einstellung? Machts: Ich hielt mich an die allgemeine Beamtenpflicht. Mit dieser Auskunft war Janson unzufrieden und forderte die Beibringung von Zeugnissen national eingestellter Männer. Wörtlich (auf Vorhalt bestätigt Machts dies ausdrücklich) hat Janson gesagt: "Preussische Offiziere sind in Thüringen keine Kronzeugen, die sind alle verseucht." Janson: Ich kann gesagt haben: gelten als versucht.

Machts: Nein, ich weiss bestimmt, er sprach: sind alle verseucht. Janson habe fortgefahren, Frick habe sich über Machts ungünstig ausgesprochen, da müsse er Fürsprecher aus nationalsozialistischen oder Stahlhelmkreisen bringen. Zeuge Machts, der sehr bestimmte und klare Aussagen macht, schildert darauf ausführlich die Schikanen, denen er als 18jähriger Offizier im Kriege ausgesetzt war. Drei Zeugen sagen über Machts Verhalten im Kriege sehr ungünstig aus. Die von der Verteidigung beantragte Vernehmung von Zeugen, die günstig aussagen würden, lehnt das Gericht ab.

Der Staatsanwalt hält in seinem Plädoyer die Darstellung des Berliner Gespräches, die Machts gibt, für unwahrscheinlich. Er hält manche Aussage dessen Aufgeregtheit zugute. Für den Vorwurf des Hochverrats durch Janson sei kein Beweis erbracht. Bei der Schwere des Vorwurfs beantrage er vier Monate Gefängnis für den Angeklagten. Der Anwalt Jansons legte es besonders darauf an, die Glaubwürdigkeit Machts zu erschüttern. Dagegen verwahrt sich der Verteidiger Schroots ganz entschieden. Er stellt im übrigen fest, dass beide Teile eine ziemlich gleiche Darstellung gaben, nur mit einem verschiedenen Tenor. Auf diesen Tenor aber komme es doch sehr an. Ein Mord an Machts sei aber die einstimmige Vernehmung ungünstiger Zeugen über die Kriegserlebnisse aus frühester Jugend.

Gegen das Urteil wird sofort Berufung eingelegt werden.

SPD. Tokio, 14. Nov. (Eig. Drahtb.)

Am Freitag vormittag wurde auf den japanischen Ministerpräsidenten Hamaguchi ein Attentat verübt. Der Ministerpräsident war gerade im Begriff, einen Eisenbahnzug zu besteigen, um an den diesjährigen Herbstmanövern der japanischen Armee teilzunehmen, als ein junger 23 jähriger Mann auf ihn zutrat und ihm einen Schuss in den Unterleib beibrachte. Hamaguchi sank schwer getroffen zu Boden. Der Täter, ein Anhänger der japanischen Nationalisten, wurde verhaftet:

Der Attentäter war und ist - wie er im Verlauf der Vernehmung erklärte - der Ansicht, dass durch die Beseitigung des japanischen Regierungschefs auch die in Japan verhängnisvoll wirkende Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen sei. Auch die Aussenpolitik soll bei diesem Attentat eine wichtige Rolle spielen. Das Ministerium Hamaguchi hat das Londoner Flottenabkommen und die damit verbundenen Rüstungseinschränkungen unterzeichnet. Ein solches Kabinett ist natürlich in den Augen der japanischen Nationalisten doppelt schuldig und verdient nichts anderes als Revolverschüsse. So zeigt das Attentat alle wirtschaftlichen und politischen Furien, die die Wirtschaftskrise in der ganzen Welt ausgelöst hat und die heute in allen Ländern - fern oder nah - mit gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen auch die gleichen politischen Stimmungen auslöst.

Hamaguchi ist 60 Jahre alt. Er ist seit 1929 amtierender Ministerpräsident und Führer der japanischen Liberalen. Die Kugel konnte trotz einer Operation noch nicht entfernt werden. Zu einer zweiten Operation reichen die Kräfte des Verwundeten noch nicht aus. Im Laufe des Freitag mussten drei Bluttransformationen vorgenommen werden. Die erste Uebertragung erfolgte aus dem Körper des Sohnes des Ministerpräsidenten.

SPD. Wien, 14. Nov. (Eig. Drahtb.)

Aus den jetzt vorliegenden Ergebnissen der Nationalratswahlen in den Wiener Garnisonen ergibt sich, dass die Christlichsozialen in den Kasernen eine Niederlage erlitten haben. Während bei den Vertrauensmännerwahlen der Soldaten, bei denen sich der Druck der Offiziere ganz unmittelbar auswirkt und das Wahlgeheimnis nur sehr unvollkommen gewahrt ist, sich der christlichsoziale Wehrbund bisher auch in Wien eine grosse Mehrheit sichern konnte, haben die Christlichsozialen bei den Nationalratswahlen kaum ein Drittel der Soldatenstimmen erhalten.

Von 6652 in den Kasernen wahlberechtigten Männern haben 5733 abgestimmt. Die Zahl der Wehrmänner ohne Offiziere beträgt 4844. Davon erhielten die Sozialdemokraten 2311 Stimmen, die Christlichsozialen 2240, der Schoberblock 480, der Heimatblock 168, die Nationalsozialisten 461 und die Kommunisten 18 Männerstimmen. Danach hat die Sozialdemokratie die anderen Parteien auch in den Kasernen überflügelt. Dieses Wahlergebnis ist für das System Vaugoin niederschmetternd. Es zeigt, dass es Herrn Vaugoin keineswegs gelungen ist, die Wehrmacht von "den Roten" restlos zu säubern.

SPD. London, 14. Nov. (Eig. Drahtb.)

Die Vorschläge des indischen Vizekönigs finden selbst in der "Times" nur eine kühle Aufnahme. Sie werden in diesem Blatt zwar als wertvolle Einzelbeiträge zur indischen Frage bewertet, mehr seien sie aber nicht.

Der "Daily Herald" erinnert am Freitag wieder daran, dass am Anfang aller Beratungen der Konferenz nur eines stehen könne: der Dominion status. Alle anderen Fragen, so schwer sie auch sein mögen, ständen erst in zweiter Linie.

SPD. Breslau, 14. November (Eig. Drahtb.)

In der zum Hugenberg-Konzern gehörenden "Schlesischen Zeitung" waren gegen den Oberpräsidenten der Provinz Schlesien, den Abgeordneten Lüdemann, und gegen die Sozialdemokratische Partei schwere Angriffe gerichtet worden. Dazu erklärte Oberpräsident Lüdemann einem Vertreter des "Soz. Pressedienst":

"In der "Schlesischen Zeitung" vom 13. November (Morgenausgabe) ist unter der Überschrift "Um die Fahne" in entstellender Weise eine Unterredung des Chefredakteurs der genannten Zeitung mit dem Oberpräsidenten Lüdemann wiedergegeben worden. Es ist dabei dem Oberpräsidenten die Ansicht unterschoben worden, dass die rote Fahne das Symbol der preussischen Staatsregierung sei. Ich lege Wert darauf, demgegenüber festzustellen, dass er bei dieser Unterhaltung keine Äusserung getan hat, die in diesem Sinne ausgelegt werden könnte. Ich habe vielmehr gesagt, dass die rote Fahne die Fahne der Sozialdemokratischen Partei sei, und dass die Sozialdemokratische Partei im Gegensatz zu der Deutschnationalen Volkspartei und der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei als Trägerin des heutigen Staates angesprochen werden muss. Das Zeigen der roten Fahne neben der schwarz-rot-goldenen Reichsflagge könne demnach niemals als eine Demonstration gegen den Staat angesehen werden."

SPD. Genf, 14. November (Eig. Drahtb.)

Die Vorbereitende Abrüstungskommission hat am Freitag in 3 Abstimmungen sowohl den italienischen als auch den deutschen und russischen Antrag auf direkte Begrenzung des Kriegsmaterials abgelehnt. Mit 16 gegen 3 Stimmen bei 6 Enthaltungen wurde dann der dritte Absatz des englischen Antrages, der die Mehrheit auf das Prinzip der indirekten Begrenzung des Kriegsmaterials durch Begrenzung der Haushaltsposten für Rüstungszwecke festlegt, angenommen. Es ist bedeutungslos, dass in diesem Absatz auch die direkte Begrenzung und die Verbindung beider Methoden als Meinung zweier Minderheiten angegeben wird. Die Kommission hat praktisch entschieden, dass sämtliches bis zur Allgemeinen Konferenz existierende Kriegsmaterial nicht der Konvention unterliegen soll, da die budgetäre Begrenzung nur das in Zukunft zu beschaffende Material erfassen kann.

Die Sitzung selbst war die lebhafteste und spannendste der bisherigen Tagungen. Für den Kernpunkt einer wirklichen Abrüstung, nämlich die Herabsetzung und Begrenzung des Kriegsmaterials lagen vier Texte für ein Abkommen vor. Nach ungeheurer scharfer Debatte wurde zuerst über den russischen Text abgestimmt. Er lautet:

"Die Kommission entscheidet, dass das einzige wirksame Mittel zur Herabsetzung und Begrenzung des Kriegsmaterials die direkte Herabsetzung und Begrenzung aller Arten von Kriegsmaterial ist nach detaillierten Aufstellungen gleichzeitig mit der budgetären Begrenzung nach Kategorien. Die beiden Methoden müssen von allen Ländern gleichwertig angewandt werden."

Die namentliche Abstimmung ergab 5 Stimmen von Deutschland, Italien, Russland, Türkei und Holland für den Antrag. England, Amerika, Frankreich, Japan, Finnland und zahlreiche andere Staaten stimmten dagegen. Enthaltungen wurden nur wenige geübt.

Die zweite Abstimmung galt dem italienischen Antrag, der als beste Methode eine Verbindung aus direkter und budgetärer Begrenzung bezeichnet, wobei die direkte Methode auf das lagernde und im Dienst befindliche Kriegsmaterial der Landheere nach Listen und die budgetäre Methode nach noch festzulegenden Regeln angewendet werden sollten.

Hierfür waren 9 Delegationen. Zu den 5 Ja-Stimmen der ersten Entscheidung gesellten sich Kanada, Irland, Schweden und Venezuela. Die Mehrheit bestand aus den gleichen Vertretern wie bei der vorausgegangenen Abstimmung. Amerika enthielt sich der Stimme.

Die deutsche Delegation hatte folgenden Text eingereicht: "Die Kommission ist der Ansicht, dass die direkte Begrenzung auf das Kriegsmaterial des Landkrieges angewendet werden soll."

Mit Stimmengleichheit von 9 zu 9 bei 7 Enthaltungen kam der Antrag zu Fall. Diesmal hatte sich Lord Cecil, der zweimal für England gegen die direkte Begrenzung gestimmt hatte, der Stimme enthalten.

Schliesslich wurde gegen die Stimmen von Deutschland, Russland, und Italien bei Enthaltung von Amerika, Schweden, Türkei, Venezuela, Holland und Belgien mit 16 Stimmen folgender Konventionstext Lord Cecils angenommen:

"Die Kommission einigt sich mit Mehrheit auf das Prinzip der Begrenzung durch die budgetäre Methode für das Landkriegsmaterial unter voller Anerkennung, dass bestimmte Mitglieder der Kommission die Methode nach Art der direkten Begrenzung auf Grund von spezifizierten Aufzählungen vorziehen und dass bestimmte Mitglieder eine Kombination beider Methoden angenommen sehen möchten."

SPD. Tokio, 14. November (Eig. Drahtb.)

Die am Freitag-Abend erfolgte zweite Operation des japanischen Ministerpräsidenten verlief nach einer offiziellen Verlautbarung sehr günstig. Die Ärzte hoffen, den Patienten in drei Wochen wiederhergestellt zu haben.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Die Fleischverbilligungsaktion der Reichsregierung.

von Wilhelm Keil.

Der Haushaltsausschuss des Reichstags hat am Freitag nach Ablehnung mehrerer Anträge auf Erleichterung der Gefrierfleischzufuhr einen kommunistischen Antrag angenommen, wonach unter Gewährung von Reichszuschüssen Frischfleisch zum bisherigen Preis für zollfreies Gefrierfleisch an alle arbeitslosen, Fürsorgeberechtigten, Sozial- und Kleinrentner abgegeben werden soll. Die Mehrheit die für den Antrag stimmte, bestand aus den Vertretern des Landvolk, des Christlichen Volksdienstes, der Nationalsozialisten, der Kommunisten und der Sozialdemokraten.

Die regierungstreue Presse rechnet aus, dass die Durchführung des Beschlusses 650 Millionen erfordern würde und erklärt, die Regierung denke nicht daran, dem Antrag zu entsprechen. Zunächst wird das Plenum des Reichstages zu dem Antrag noch Stellung zu nehmen haben. Dabei wird sich herausstellen, dass bei Berechnung der finanziellen Wirkung des Antrags in alarmierender Absicht enorm übertrieben worden ist. Selbst wenn man annimmt, dass 16 Millionen Menschen, die nach den Schätzungen der Regierungspresse Anteil an der Verbilligung haben würden, wöchentlich je ein Pfund verbilligtes Fleisch verzehren würden, so würde sich bei einem Verbilligungsbetrag von 40 Pfennig pro Pfund immer erst eine Ausgabe von etwa der Halfte jener 650 Millionen ergeben. Sehr wahrscheinlich würde aber ein grosser Teil der 16 Millionen Personen auf ihr Pfund Fleisch pro Woche verzichten, weil er entweder auch das verbilligte Fleisch nicht kaufen oder, wie die Kinder, es nicht verzehren kann. Trotzdem hat die Regierungspresse recht, wenn sie den Ausschussbeschluss anfecht, freilich in einem ganz anderen Sinne als sie meint.

Das ganze von der Regierung vorgeschlagene Verfahren der Fleischverbilligung ist widersinnig und passt zu der grossen Preisabbauaktion wie die Faust aufs Auge. Sofort nach dem Sturz der Regierung Hermann Müller ist das zollfreie Gefrierfleischkontingent von 50 000 Tonnen aufgehoben worden. Ernährungsminister Schiele kündigte damals an, er werde der minderbemittelten Bevölkerung den bisherigen Fleischverbrauch auf einem auch den Bedürfnissen der Landwirtschaft gerecht werdenden Wege ermöglichen. Nachdem nun die letzten Gefrierfleischvorräte verbraucht sind, will die Regierung die Verbilligung von Frischfleisch für "bedürftige" Personen mittels eines Gutscheinsystems durchführen mit der Wirkung, dass alle 14 Tage pro Person ein Gutschein für 20 Pfennig ausgegeben würde. Die Regierung will dafür 20 Millionen zur Verfügung stellen, die aus den Erträgen der erhöhten Weizenzölle genommen werden sollen. Ganz abgesehen nun davon, dass das keine spürbare Verbilligung ist, bedingt dieses System eine Prüfung der Bedürftigkeit, eine Kontrolle der Gutscheinverwertung, eine Klassifizierung der Fleischkäufer und einen erheblichen Verwaltungsapparat. Das alles liesse sich vermeiden, wenn die Regierungsparteien dem sozialdemokratischen Antrag zustimmen würden, dass schleunigst ein Gesetzentwurf vorzulegen sei, der entweder ein zollfreies Gefrierfleischkontingent von 100 000 Tonnen oder eine unbeschränkte Einfuhr von Gefrierfleisch zu einem von 45 auf 15 Mark ermässigten Zollsatz vorsieht. Das gegen früher erhöhte Kontingent von 100 000 Tonnen wurde in Rücksicht auf die inzwischen stark gestiegene Not vorgeschlagen.

Nicht nur von den Vertretern der Sozialdemokratie, auch vom Volksparteiler Dr. Crämer wurde nachgewiesen, dass von der Zulassung einer begrenzten Menge zollfreien Gefrierfleisches die inländische Fleischerzeugung nicht berührt würde, weil die Menschen, die das Gefrierfleisch verzehren, nicht in der Lage sind Frischfleisch zu kaufen. Es wäre also ein Widersinn, erhebliche Ausgaben zu Lasten des Reiches zu machen, wenn man dasselbe Ziel viel vollkommener ohne diese Ausgabe erreichen könne. Da aber ausser den volksparteilichen Vertretern die Regierungsparteien für diesen Gedankengang kein Verständnis hatten und der

Sozialdemokratische Antrag abgelehnt wurde, so wurde von der Sozialdemokratie die Sinnwidrigkeit des von der Regierung vorgeschlagenen Systems durch Annahme des kommunistischen Antrags unterstrichen. Herr Schiele hat versprochen, "der minderbemittelten Bevölkerung den bisherigen Fleischverbrauch zu ermöglichen." Er wird kaum bestreiten können, dass die Fürsorgeberechtigten, die Erwerbslosen, die Sozial- und Kleinrentner minderbemittelt sind. Ihnen muss er also, wenn ihnen der bisherige Fleischverbrauch auch künftig möglich sein soll, das Fleisch zum Preis des zollfreien Gefrierfleisches liefern. Kann Herr Schiele sein Versprechen nicht einlösen, dann mag er den Zustand wieder herbeiführen, der unter der Regierung Hermann Müller bestand, wobei freilich zu berücksichtigen ist, dass der Kreis der Personen, die sich kein Frischfleisch kaufen können, sich seit April ungeheuer erweitert hat.

Die Wiedereinführung zollfreien Gefrierfleisches würde auch geeignet sein, den Preisabbau, um den sich die Regierung scheinbar so lebhaft bemüht, zu fördern. Denn die Fleischer würden die Gewinnspanne eher zu vermindern bereit sein, wenn sie damit rechnen müssten, dass wachsende Verbraucherkreise zu dem preisgebundenen Gefrierfleisch übergehen, als wenn mit Gutscheinen ihre überhöhten Frischfleischpreise gestützt werden. Durch einen grossen Aufwand von Steuergeldern die inländische Produktion schützen und fördern zu wollen und sich damit zu trösten, dass das Geld in der eigenen Volkswirtschaft kreise das ist die Methode des Don Quichotts, der sich am eigenen Schopfe aus dem Sumpfe zieht. Aber diese Methode wird im neuen Reichstag wohl des öfteren versucht werden. Hat man doch von einem nationalsozialistischen Abgeordneten, der sich als Handelsschullehrer a.D. bezeichnet, den famosen Vorschlag gehört, durch Erhöhung der Zölle auf Bananen und Apfelsinen die Mittel für die Fleischverbilligung zu beschaffen. Dieser Lehrer der Handelswissenschaft weiss also nicht, dass die ohnehin lächerlich geringen Zolleinnahmen aus diesen Früchten total verschwinden, wenn er die Einfuhr drosselt. Wenn so die Nationalsozialisten in handelspolitischen Fragen sich als die reinsten ABC-Schützen erweisen, so darf man sich nicht darüber wundern, dass an ihrem Widerstand die Einfuhr zollfreien Gefrierfleisches für die hungernden deutschen Volksmassen scheiterte.

Aus aller Welt

"Kulturmensch, freue Dich!"

Weshalb Herr Pinzner, das "gerupfte Känguruh", auf die Anklagebank kam - Was hat die Umsatzsteuer mit "nackt, aber oho" zu tun?

SPD. Der Berliner Kaufmann Pinzner wurde vom Schöffengericht Berlin-Moabit wegen groben Unfugs, tätlicher Beleidigung und Widerstands gegen die Staatsgewalt zu 14 Tagen Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt.

"Herr Richter, und ich sage Ihnen zum letzten Male, ich bin unschuldig! Ich bin absolut unschuldig! Wenn mir der Kerl, der Bertelsmann, nicht diese gottverfluchte Einladung zugeschickt hätte, sässe ich nicht hier und mein Familienleben wäre nicht von ruchloser Bubenhand zerrüttet worden.... Ich bin ein friedlicher Bürger und habe in meinem Leben noch nicht befleckte Hände gehabt. - -". "Nun, dann wollen wir uns die Hände mal ansehen" sagt der Vorsitzende und lächelt ein wenig ironisch. Der Vorhang hebt sich...

Als der Kaufmann Pinzner eines Spätnachmittags in seinem Gemischwarengeschäft stand und den Stammkunden mit höflichen und leicht devoten Verbeugungen den verlangten Käse oder den Rosenkohl überreichte, erschien der Postbote, übergab dem eifrigen Kaufmann einen Brief, der die angenehme Unterschrift: "Das Vergnügskomitee" trug. Mit einigem Erstaunen las Herr Pinzner die folgenden munteren Sätze: "Sehr geehrter Herr! Die Sportvereinigung "Kulturmensch, freue Dich" ladet Sie zu ihrem am Freitag, den 26. d. Mts. stattfindenden Kostümfest im Lichtsaal des kaufmännischen Vereins ein. Der Ball geht unter der Devise "Nackt, aber oho!" vom Stapel. Wir bitten Sie, diesem Losungswort unseres Kostümfestes nach Möglichkeit Rechnung zu tragen und zeichnen mit freundlichem Gruss Das Vergnügungskomitee." Unter dieser erquickenden Epistel stand noch, handschriftlich hinzugefügt, das Ballstichwort: "Nur immer feste drugg!"

Mit Pinzner ging inzwischen eine merkbare Wandlung vor. Dieser Bürger, sonst gediegener und glücklicher Familienvater, wurde geradezu übermütig und projektierte die verwegesten Kostüme für den Ball der Vereinigung "Kulturmensch, freue Dich". Wenn er auch die Devise "Nackt, aber oho!" nicht in paradiesischer Korrektheit und völlig wörtlich nahm, so muss man immerhin sagen, dass der gute Kaufmann etwas locker und mangelhaft gekleidet war, als er sich am Freitag Abend in den Lichtsaal des Kaufmännischen Vereins begab, um eine vergnügte Nacht zu verleben. Pinzner, der im allgemeinen ein sehr zurückgezogenes Leben führte, war um so mehr über diesen Ball und seine Möglichkeiten begeistert, als ihm von der Existenz des Vereins mit dem poetischen Namen "Kulturmensch, freue Dich" bisher nicht das mindeste bekannt gewesen war und er diesen freundlichen Ruf an die wildbewegten Gestalten des Kostümballamusements als eine besondere Ehrung seiner honorigen Persönlichkeit aufzufassen gewillt war. Das Kostüm, das ihm die Gattin in wirklicher Selbstaufopferung geschneidert hatte, war höchst originell.

Es liess die Füße völlig frei und hüllte im übrigen den kleinen, etwas dicklichen Herrn in ein sackartiges Gewand, in dem er, wie die jetzigen Belastungszeugen bekunden, wie ein "gerupftes Känguruh" aussah. Auf den Kopf hatte

sich der biedere Vergnügungsreisende etwas unmotiviert eine Indianerfeder aus dem Spielzeuglager seines Jüngsten gesteckt.

+

Mit stolz- und erwartungsgeschwellter Brust erschien Pinzner im "Kaufmännischen Verein", gab seine Garderobe ab, wobei die Augen der immerhin schon allerlei gewöhnten Garderobiére ganz gross und blank wurden, und begab sich dann, nachdem er im Spiegel mit innerlichem Genuss sein exotisches Bild betrachtet hatte, auf den Weg zum Lichtsaal. "Wo wollen Sie hin?!" fragte ihn der Portier, ein würdiger Herr mit graumeliertem Bart in einem Tonfall wahren Todesangst. Wie er jetzt vor Gericht bekundet, lief es ihm heiss und kalt über den Rücken, als er den Kaufmann Pinzner in seinem ballfestlichen Aufzug daherkommen sah. "Ich dachte natürlich gleich" so berichtet er jetzt vor Gericht, "dass ist ein Irrsinniger, der irgendwo ausgebrochen ist und nun als gemeingefährlicher Amokläufer alles über den Haufen prügelt! Wenigstens ist in solchem Aufzug noch nie ein Mensch zu uns gekommen." Aber halten wir den dramatischen Ablauf der Vorgänge nicht auf. Die düstere Affäre spitzte sich zu. Der sackbekleidete Pinzner raste sozusagen mit Volldampf ins Verderben. "Wo ich hin will?" meinte Pinzner verblüfft und etwas verstimmt, "natürlich zum Kostümfest". Der Portier glaubte, ihn müsse jeden Augenblick der Schlag rühren. Er fühlte seine Kräfte schwinden und schrie dem unheimlichen Gast unter letzter Kraftaufwendung ein "Nein, Nein" entgegen, während er wie beschwörend die Hände gegen ihn hob.

+

Was nun folgte, ist fast unbeschreiblich, Pinzner, von heftigem Unmut geschüttelt und kostümfestberauscht, stiess den nur noch lallenden Portier mit Energie zur Seite und riss die Türen des Lichtsaals mit männlicher Entschlossenheit weit auf. Was er dort sah, liess ihm das Blut zu Eiss werden. Hundertzwanzig Augenpaare, aus denen Hohn, massloses Erstaunen, Entsetzen und Empörung sprachen, hefteten sich auf den kleinen, etwas dicklichen Herrn, der eine Indianerfeder auf dem Kopf, einen Sack um den Leib und sonst nichts weiter an sich trug. Diese hundertundzwanzig so masslos erstaunten Augenpaare, die jetzt geradezu übernatürliche Grösse anzunehmen schienen, gehörten zu Körpern, die in normalen bürgerlichen Anzügen sasssen - kein einziger war kostümiert, kein einziger "nackt, aber oho" -, alle trugen sie steife Kragen und einer sogar einen altmodisch-grossväterlichen Cut. Pinzner sah sich diese Leute wie ein Irrsinniger der Reihe nach an; um Himmelswillen, er kannte sie, es waren seine Vereinskollegen, die sich hier in aller Ruhe und ungestörter Nüchternheit einen Vortrag über "Die Umsatzsteuerregelung beim kleinen und mittleren Gewerbetreibenden" anhörten. Herr Pinzner, die Indianerfeder auf dem Kopf und den Sack um den Leib, stand für Sekunden regungslos da, während die anderen, in gleicher Erstarrung versunken, das Phänomen mit derselben Intensität anstarrten. Es herrschte eine unheimliche Stille. Pinzner wollte vor Scham in den Erdboden versinken, aber dann brach es aus ihm los, elementar, wie ein Sturmwind -: mit einem Wutschrei stürzte er sich auf den nächstbesten Kollegen und schlug ihm die Faust mehrmals ins Gesicht. Wilder Tumult, Prügelszenen, Ueberfallkommando und am Schluss für den tragikomischen Kostümballbesucher eine Zwangsjacke. In Moabit sah er seine Vereinskollegen wieder. Diesmal trug auch Herr Pinzner einen normal bürgerlichen Anzug.

Richter und Schöffen konnten sich eines leisen Schmunzelns nicht erwehren, als ihnen aus Angeklagten- und Zeugenvernehmung klar wurde, dass der kostümballsüchtige Pinzner auf den Leim gegangen war, den ihm ein ziemlich niederträchtiger "Spassvogel" gestrichen hatte. Die Einladung war eine Finte gewesen... Aber könnte man bei schärferem Hinsehen nicht wirklich die Tragikomödie des Kaufmanns Pinzner für eine kleine Tragödie halten?

Kuka.

+

+

+

Die Erdlawine.

Bilder von der Lyoner Katastrophe.

Von unserem an die Unglücksstelle entsandten Pariser Mitarbeiter.

SPD. Lyon, 14. November (Eig. Drahtb.)

1 Uhr nachts. Die Bewohner des Hotels "Klein Versailles" - Preis 1,50 Mark pro Nacht - liegen in tiefstem Schlaf. Nur bescheidene Leute wohnen hier; Angestellte, Arbeiter, Studenten, ein paar Liebespaare.

Nirgends brennt Licht. Nur der Traum lebt, der Traum oder die Liebe.

Da - plötzlich - Lärmen, Krachen, ein Donner! Gemäuer stürzt ein, splitternde Balken fahren in die Tiefe, Staubwolken pulvern auf.

Schreie gellen hoch.

In Schlafanzügen und Nachthemden kriechen die Menschen unter den Trümmern hervor, vor Kälte zitternd, vor Angst kreischend, vor Schmerz brüllend.

Erdbeben? Weltuntergang?

Die Millionenstadt im Fieber.

Zwei Uhr nachts, eine Stunde nach dem ersten Unglück. Die Strassen sind abgesperrt. Unnötige Vorsicht. Es gibt keine Neugierigen, keine Plünderer. Alles lief auf und davon. Ueberliess die Verschlütteten ihrem Schicksal. Hotel "Klein Versailles" - ein Trümmerhaufen, in dem es schreit, wimmelt und huscht. Betten, Steppdecken, Kleiderschränke, Mauersteine, Blut, ächzende Menschen, Tote... Die Glocken der nahen Kirche läuten langsam und schwer.

Auf den Strassen rast es vorüber... Menschen auf der Flucht... vor dem Tode? Rette sich wer kann, ruft es von allen Seite,.. Ganz Lyon, vom Bürgermeister bis zum Bettler, der unter der Rhone-Brücke schlief, treibt die Angst hinaus; ganz Lyon, eine Millionenstadt brennt in fiebernder Aufregung.

Herriot und die Arbeiterfrau.

Zwei Stunden ununterbrochen, hört man das Jammern einer Frau aus den Trümmern des Hauses Nummer fünf der Rue Chemin-Neuf. Die Feuerwehrleute, die Rettungsmannschaften reissen Balken fort, schaufeln Erde beiseite, leuchten mit Fackeln. Es schreit, es wimmert zum Herzerbrechen. Eine Mauer bricht krachend zusammen, ein Feuerwehrmann wird schwer verletzt, das Schreien lässt nicht nach. Die Rettungsmannschaft ist von neuem an der Arbeit. Ein Auto hält, ein Mann springt heraus, schiebt die Leute beiseite: Herriot, selbst schwerkrank, in einen dicken Mantel gehüllt. Er sagt kein Wort, er greift selber mit zu. Die Männer arbeiten wie besessen, man kommt näher an die wimmernde Stimme heran. "Vorsichtig,..vorsichtig..." Ein Körper wird unter einer Eisen-schiene hervorgezogen. Frau Gardier.. eine junge Arbeiterfrau... Ein Bein gebrochen, schwere innere Verletzungen. Man trägt sie davon. Herriot fährt sie in das Krankenhaus...

Die Flucht in die Kathedrale.

Man weiss nicht, wer zuerst die Parole ausgab: Rettet euch in die Kathedrale! Die Kirche, ein herrliches Bauwerk, steht oben auf dem Hügel, dessen unterer Teil einstürzte. Das Tor wird erbrochen. Ein Menschenstrom ergiesst sich in das weite Innere, Frauen, Kinder, Männer werfen sich am Altar nieder. Beten, schreien, gestikulieren oder kauern apathisch, auf alles gefasst, am Boden. Frauen, halb wahnsinnig vor Schreck, stürmen den Glockenturm hinauf, läuten Sturm. Ein altes Mütterchen kniet im Betstuhl und fleht um Gnade für ihre arme Seele... "Es ist vorbei", ruft einer durch die Kirche; "Keine Gefahr mehr, kommt heraus!" Niemand rührt sich. Alle klammern sich fest, aneinander, am Altar, als ob von hier Hilfe käme. Selbst viele Stunden nach der Katastrophe, als die Sonne schon über die Rhone auftaucht, liegen noch Unzählige von armen, gemarterten, erschreckten Menschen auf den kalten Steinfliesen der Kathedrale... Gelähmt vor Angst, indes andere, Mutigere die Rettungsarbeiten vollziehen.

Im Asyl für Obdachlose.

Emilie Charbouillet, 52 Jahre alt, Hausangestellte, schlief im Asyl für Obdachlose, als die Erdlawine darüber hinweg ging. Die Frau erzählt: "Gegen 1 Uhr 15 begann das Haus zu wanken. Ich dachte an ein Erdbeben. Da aber nichts weiter geschah, legte ich mich wieder schlafen. Eine halbe Stunde später gab es einen zweiten Stoss, sodass die Hälfte des Asyls einstürzte. Zwei Schlafsäle - meiner und der benachbarte - bildeten ein unbeschreibliches Durcheinander. Die Decke brach über uns zusammen. Die Mädchen riefen um Hilfe; einige waren gleich tot. Wir liefen im Dunkel hin und her, konnten aber nicht heraus. Eine Frau hat mich vor Angst angefallen und mir das Gesicht zerkratzt. Sie waren alle wie die Verrückten. Nachher, als uns die Feuerwehr mit Leitern rettete, sind wir davongelaufen."

Herriot greift ein.

Der Polizeipräsident von Lyon, Valette, und Edouard Herriot, Lyons Bürgermeister, kamen gerade an, als in der Rue Tramassac gegen zwei Uhr nachts der zweite Einsturz erfolgte. Sofort wurden Scheinwerfer montiert und Feuerwehrleute herbeigeholt. Während der Rettungsarbeiten wurden die Feuerwehrleute von dem dritten Einsturz um 3 Uhr 15 überrascht. Auf 25 Meter Strassenlänge brachen plötzlich sämtliche Häuser zusammen. Die Wohnungen waren allerdings geräumt, aber alle Feuerwehrleute, die in der Nähe arbeiteten, wurden ver-
seht, Beim Anblick dieser Schreckenszene drohte eine Panik unter den un-
versehrt gebliebenen Rettungsmannschaften auszubrechen. Einige wollten davon-
laufen. Herriot rief: "Wollt Ihr die Kollegen, die dort unter den Trümmern
liegen, im Stiche lassen?" Einige Augenblicke schweigen. Dann griffen alle
zu den Schaufeln und Hacken und die Rettungsarbeiten wurden, zum dritten Male
in dieser Nacht, von neuem begonnen.

Als die Sonne aufging...

Erst als die Sonne aufging, übersah man die Katastrophe in ihrer ganzen Tragweite. Das Hospital Chazeaux, sonst mitten auf dem wandernden Hügel von Fourvières, steht jetzt haarscharf an einem Abgrund. Unten gähnt ein riesiger Krater. Mauern, Steine und Balken liegen über fünf Meter hoch aufgeschichtet. Zwanzigtausend Kubikmeter Erde, nach oberflächlicher Schätzung, stürzten auf die Häuser der Armen, der Obdachlosen herab. Rechts oben auf dem Hügel steht noch unbeschädigt die grosse Kirche, scheinbar in der Luft schwebend. Man hat den Eindruck, als ob auf die Häuser eine schmutzige Erdlawine niedergegangen sei. Mauernruinen, in denen man noch halbe Zimmer, zerrissene Tapeten erkennt und Reste von ärmlichem Hausrat. Elend durch Elementarereignisse noch elender gemacht.....

Bei den Opfern.

Der grosse Saal des Rathauses von Lyon wurde in eine Leichenhalle verwandelt. Hier spielen sich die erschütterndsten Szenen ab. Schwarze Säрге, Schwarze Vorhänge, weinende Mütter, ernst blickende Männer und Kinder, deren Augen noch nicht begreifen.

Inzwischen räumt man den Hügel von Fourvières. Die Bewohner ziehen in Krankenhäuser, Notwohnungen und Kasernen. Und die Obdachlosen des Asyls? Sie sehen, wie sie durchkommen....

250 Soldaten am Werk.

Im Laufe der Rettungsarbeiten haben sich leider drei weitere Unglücksfälle ereignet. Eine auf dem haltlosen Erdboden aufgestellte schwere Leiter rutschte ab und begrub drei Mann unter sich. Der Einsturz des Hospitals Cazeaux wird stündlich erwartet und alle Vorsichtsmassnahmen sind getroffen, damit beim eintretenden Absturz keine Menschenleben gefährdet werden. Die abgesperrte Zone ist nach der Untersuchung des Terrains erheblich erweitert worden, da sich herausgestellt hat, dass sich auch noch in den letzten Stunden in den Mauern stehender Häuser grosse Risse gebildet haben. 250 Soldaten sind am Werk, die ungeheuren Schuttmassen wegzuräumen.

Die Aufräumungsarbeiten werden sich aller Voraussicht nach ungewöhnlich

in die Länge ziehen. Allein zur Bergung der unter den Trümmern begrabenen Leichname rechnet man mindestens drei Tage. Von den verschütteten Feuerwehrleuten ist bisher noch nicht die Hälfte gefunden worden. Von einer Pionierabteilung aus Grenoble ist eine kleine Feldbahn eingerichtet worden, auf deren Karren die Erd- und Gesteinsmassen nach der Saone abtransportiert werden. Man rechnet damit, dass die Abfuhr der 10 bis 15 000 Cubikmeter Erdreich einen Monat beansprucht.

+ + +

Frecher Raubüberfall. Als zwei Kaufleute in einem belebten Stadtteil von Marseille in einer Autodroschke eine Fahrt unternehmen wollten, wurden sie von dem Chauffeur in eine dunkle Seitengasse gefahren und dort von vier bewaffneten Männern überfallen. Einem der Kaufleute gelang es, zu entkommen, trotzdem die Räuber mehrmals auf ihn schossen. Der andere Fahrgast wurde jedoch völlig ausgeplündert und dann mit mehreren Fusstritten aus dem Auto gejagt. Er musste 2000 Francs Bargeld, einen Scheck auf 3000 Francs und einen äusserst wertvollen Brillantring in den Händen der Räuber zurücklassen.

+ + +

Die Photos der Andrée-Expedition. Der schwedische photographische Experte, Professor John Hertzberg, hat 20 Photographien der Andrée-Expedition erfolgreich entwickelt. 12 Aufnahmen sind so deutlich, dass sie nach Urteil der Sachverständigen in dem in Kürze erscheinenden Andrée-Buch wiedergegeben werden können. Die Bilder stellen Szenen von dem verhängnisvollen Ballonflug, sowie Jagdszenen und das Leben der Expedition auf dem Lager im Polareis dar.

+ + +

Frenzel-Prozess. In der Freitag-Sitzung des Potsdamer Frenzel-Prozess wiederholte Frau Pfarrer Schenk, die zuerst vernommen wurde, ihre Aussagen aus der ersten Verhandlung, Hilde und Gertrud Frenzel hätten beide gleich stark ihren Vater im Sinne der Anklage belastet. Hilde Frenzel gibt diese Belastung zu, erklärte sie aber aus dem Motiv ihrer damaligen Absicht, Frau Pfarrer Schenk mitleidig zu stimmen und zu einer Hilfsaktion zu bewegen, durch die sie das Elternhaus mit einem neuen Heim vertauschen könnte. Tatsächlich war Hilde Frenzel die Verwirklichung dieser Absicht gelungen. In der Nachmittagssitzung warf die Verteidigung dem Pfleger Gertrud Frenzels, Dr. Stappenbeck, vor, dass er sich mit seiner Aussage offensichtlich sehr zurückhalte; der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Hellwig, nahm den Zeugen in Schutz. Dr. Stappenbeck schilderte weiter den Verlauf eines Zusammentreffens zwischen Gertrud Frenzel und ihrer Mutter, und schliesslich kam die Rede auf eine Reihe von anonymen Briefen, die die Familie Frenzel vor längerer Zeit erhalten hatte. Diese offenbar den Angeklagten denunzierenden Briefe stammten nach der vorsichtigen Aussage von Frau Pfarrer Schenk vermutlich von einem anderen Pfarrer, namens Bie. Ziemlich erregte Formen nahm dann die Gegenüberstellung der Zeuginnen Frau Vogel und Else Frenzel an. Frau Vogel sagte, dass Else Frenzel als kleines Mädchen ihr gegenüber ihren Vater belastet habe. Else Frenzel bestritt das aber energisch. Weiter behauptete Frau Vogel, dass auch ihre Tochter Margot durch Frenzel völlig verdorben worden sei. Es existiert jedoch ein polizeiliches Protokoll aus dem hervorgeht, dass diese Margot vor vier Jahren zwei Potsdamer Bürger unzüchtiger Handlungen an ihr beschuldigt hat: die Polizei befasste sich mit dem Fall und stellte die Haltlosigkeit der Behauptungen des offenbar pathologischen Mädchens fest.

+ + +

"Do X" und "G 38". "Do X" startete am Freitag mittag kurz vor 12 Uhr in Calshot (England) zum Weiterflug nach Lissabon. Die Junkers-Riesenmaschine "G 38" landete am Freitag Nachmittag auf dem Flugplatz Le Bourget bei Paris, wo die Besatzung vom Kommandanten des Flugplatzes empfangen wurde. Am Montag wird "G 38" den Rückflug nach Dessau antreten.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Metallkonflikt und Schlichtungsgedanke.

SPD. Wie alle grossen Arbeitskämpfe so brachte auch der Berliner Metallkonflikt eine Belastungsprobe des Schlichtungsgedankens. Bald nach dem Ausbruch des offenen Kampfes hatte der Reichstag einen Antrag angenommen, dass der Reichsarbeitsminister den alten Schiedsspruch nicht für verbindlich erklären soll. Diese Stellungnahme des Reichstags hat dem Reichsarbeitsminister wenig gefallen, und die ihm nahestehende Presse hat in dem Eingriff des Parlaments in den Arbeitskonflikt bereits den Anfang vom Ende des Schlichtungswesens gesehen. Am Ende des Metallkonflikts steht eine böse Erschütterung des Vertrauens der Arbeiterschaft gegenüber dem Gedanken unparteiischer, endgültig entscheidender Schiedsgerichte. Die Metallarbeiterschaft fühlt sich betrogen.

Ohne Zweifel: der Schlichtungsgedanke hat durch den neuen Metallschiedsspruch nicht gewonnen. Das ist auch die Auffassung der Gewerkschaftszeitung, des Organs des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Sie schreibt: "Die Möglichkeit, Lohnkonflikte von weittragender Bedeutung beizulegen, durch ihre Ueberweisung an ein vereinbartes Schiedsgericht; dürfte für geraume Zeit nicht bestehen; denn die Arbeiter werden sich scheuen, einem solchen ihr Schicksal anzuvertrauen. Das heisst: Falls der Regierung etwas daran gelegen war, die Lohnkonflikte des bevorstehenden Winters möglichst ohne schmerzliche Erschütterungen beizulegen, so hat sie durch den Berliner Schiedsspruch eine Chance verloren. Das in Berlin angewandte Mittel steht vorläufig nicht zur Verfügung. Es ist leichtfertig vertan. Eine fruchtbare Möglichkeit, den sozialen Frieden zu wahren, wurde eigennützigem Interessen einer Gruppe von Industriellen zum Opfer gebracht. Die kommenden Kämpfe werden infolgedessen nicht leichter, sondern erbitterter, aufwühlender, verlustreicher sein."

Das Schiedsgericht der Unparteiischen und die Reichsregierung, deren Politik, wie der Verlauf der Ereignisse zeigte, das Schiedsgericht tatsächlich beeinflusst hat, haben den Schlichtungsgedanken keinen Dienst erweisen. Gilt das nun auch für den Eingriff des Reichstags in den grossen Lohnkonflikt? Die Befürchtungen der christlichen Gewerkschaftspresse, dass dieser Eingriff zu den Grundfesten staatlicher und rechtlicher Ordnung rüttelte, die Unabhängigkeit der Schlichter und Richter herobene, sind von uns bereits als Gespensterseherei charakterisiert worden. Ebenso wurde die völlig unangebrachte Parallele zwischen Schlichter und Richter von uns zurückgewiesen. Auf diese Dinge nochmals einzugehen, lohnt sich nicht. Notwendig ist jedoch eine grundsätzliche Beleuchtung der von den christlichen Kritikern aufgeworfenen Frage nach dem Verhältnis zwischen Schlichtung und Staat. Eine Klärung dieser Frage ist schon deswegen jetzt angebracht, weil durch die Entscheidung der Unparteiischen im Metallarbeiterkonflikt den heimlichen und offenen Gegnern des Schlichtungswesens, d. h. den Arbeitgebern und Kommunisten es leicht gemacht wird, den Schlichtungsgedanken bei der Arbeiterschaft in Misskredit zu bringen. Von besonderem Interesse ist unter diesen Umständen ein soeben von Clemens Nörpel, dem Arbeitsrechtler des ADGB, in der Gewerkschaftszeitung veröffentlichter Artikel über "Politik und Schlichtung".

Nörpel erinnert daran, dass nicht erst im Berliner Metallkonflikt, sondern auch im Arbeitskampf der Nordwestgruppe vom Herbst 1928 ein politischer Eingriff in das Schlichtungswesen erfolgte. Damals wollte der Reichstag die An-

Erkennung des Zwangstarifs durchsetzen und im Berliner Metallkonflikt wollte er die Schaffung eines Zwangstarifs verhindern. Beide Fälle liegen grundsätzlich gleich. Für den, dem das Schlichtungswesen ein staatspolitisches Problem ist, stellen die erwähnten Eingriffe des Reichstags nichts Aussergewöhnliches dar, und im Nordwestkonflikt hat der Reichstag sogar nahezu einmütig den Eingriff, d.h. die Bereitstellung von Mitteln zur Unterstützung der von der Aussperrung des Arbeitgeberverbandes zur Beseitigung des Zwangstarifs betroffenen Arbeiter beschlossen.

Eine demokratisch=parlamentarische soziale Republik hat - so führt Nörpel im Wesentlichen aus, selbstverständlich die Pflicht und die Aufgabe, Arbeitskämpfe wenn möglich zu vermeiden und die sozialen Belange der Arbeitnehmerklasse, vor allem der Teile, die an sich kampfunfähig sind, zu sichern. Das ist die grundsätzliche Auffassung der Gewerkschaften, und deshalb wehren sie sich mit aller Entschiedenheit gegen die Vorschläge der Arbeitgeber, ein sogenanntes unabhängiges Schlichtungswesen mit einem gegenüber dem Reichstag und der Reichsregierung unabhängigen Hauptschiedsamt als Spitze zu schaffen. Aus dem gleichen Grunde sind sie Gegner der Auffassung des Reichsarbeitsgerichts über die Nichtigkeit des sogenannten Einmann=Schiedsspruchs. Dem Schlichtungswesen als staatspolitischem Problem entspricht gerade der Einmannschiedsspruch. Mit der demokratisch=parlamentarischen sozialen Republik ist das Schlichtungswesen aufs engste verbunden. Die Ueberwindung des Arbeitskampfes ist ein von den Gewerkschaften grundsätzlich erstrebtes Ziel. Aber wie bei der Demokratie, so gibt es auch im Arbeitsproblem den Begriff der Notwehr. Die Gewerkschaften brauchen sich die Niederknüppelung der Interessen der Arbeiterklasse nicht widerstandslos gefallen zu lassen. Sie können alle mit dem Staatsbegriff zu vereinbarenden Mittel anwenden, um sich gegen derartige Absichten zur Wehr zu setzen. Solche erlaubten Mittel sind nicht nur der Arbeitskampf, sondern auch das Eingreifen des Reichstages, solange noch kein Zwangstarif da ist. Dass solche politischen Eingriffe sich auch einmal gegen die Arbeiterschaft auswirken können, ist selbstverständlich. Aber das ist noch kein Anlass, einen einmal für richtig erkannten Weg zu einem Ziel zu verlassen. Es gibt naturgemäss auch in der Politik für die Arbeiterklasse günstige und ungünstige Konstellationen. Man kann aber unmöglich das Schlichtungswesen nur in der günstigen Situation anerkennen und in der ungünstigen verneinen.

Heute - so schliesst Nörpel seine Darlegungen - ist die politische und wirtschaftliche Situation so, dass die zur Zeit herrschenden Kräfte im Staat den Arbeiter vorübergehend vielleicht etwas zurückwerfen können. Die Gewerkschaften wehren sich dagegen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln - auch durch Einsetzung ihres ganzen Einflusses auf den Reichstag. Aber immer streben sie dem Ziel des demokratischen sozialen Volksstaates zu. Immer erkennen sie dabei auch das Schlichtungswesen in seiner Gestalt als staatspolitisches Problem an, und gerade darin liegt ihre Stärke; denn sie können nun auch unter ihren Mitgliedern die Aufklärung darüber verbreiten, dass für die gegenwärtigen Schlichtungsergebnisse Reichsregierung und Reichsarbeitsminister die volle Verantwortung tragen.

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat den Ende Oktober gefällten Schiedsspruch für die Weisshohlglasindustrie, der eine Lohnkürzung um 3 % für die Akkord=Recht= und Zeitlöhne vorsieht, für verbindlich erklärt. Zunächst erfolgte die Verbindlichkeitserklärung für die Gruppen 1, 2 und 4; für die Gruppe 3 wird sie noch in dieser Woche ausgesprochen werden. Die Verbindlichkeit hat Wirkung vom 1. November ab.

SPD. Im Tarifkonflikt für die feinkeramische Industrie wurde unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministeriums zwischen den Parteien eine Vereinbarung getroffen. Im Manteltarifvertrag erfolgten einige Streichungen. Die Ablauftermine der Verträge wurden vordatiert. Das Lohnabkommen läuft jetzt bereits am 31. Januar 1931 und der Reichsmanteltarifvertrag am 30. Mai des nächsten Jahres ab.

Neunmal mussten die Parteien geladen werden, bis eine Vereinbarung zustande kam. Man sieht: es bedarf fürchterlicher Anstrengungen, wenn über einen für die Arbeiterschaft annehmbaren Schiedsspruch entschieden werden muss.

Verschiedene Porzellanfabrikanten hatten bereits Lohnabbau angekündigt. Sie werden sich nun wohl oder übel damit noch etwas gedulden müssen.

SPD. Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Frauen-Berufsverbände fordert, bei einer Verlängerung der Schulpflicht bis zum 15. Lebensjahr den erweiterten Unterricht so auszugestalten, dass er bei seinem Beginn keinen Vorgriff auf die Berufswahl nötig macht, sondern eine allgemeine Vorbereitung auf Beruf und Leben bietet. Für die Mädchen müsse der hauswirtschaftliche Unterricht im Mittelpunkt stehen. Er solle alle pflegerischen Anlagen entwickeln und fördern. In den gesamten Unterricht müssten die religiös-sittlichen Grundkräfte zur Erziehung des jugendlichen Menschen wirksam werden. Geeignete Ersatzeinrichtungen, die gleiche Gewähr für den Erfolg der Schulung bieten oder über die allgemeinen Massnahmen hinausgehen, seien zuzulassen.-

+ + +

Die Verlängerung der Schulzeit soll gewiss nicht nur einen Teil der jugendlichen vom Arbeitsamt zurückhalten, sondern auch eine bessere Ausbildung für das Leben ermöglichen. Trotzdem möchten wir davor warnen, die Frage der Schulzeitverlängerung mit zu viel Wünschen und Forderungen zu belasten. Wenn jeder sein Steckenpferd reiten will, werden am Ende nur Streitigkeiten und keine positiven Resultate herauskommen.

SPD. Die "Pirmasenser Zeitung", ein verkapptes Hitlerblatt, hat die Meldung, dass die Direktoren und höheren Angestellten der Erwerbsgesellschaften, an denen der preussische Staat beteiligt ist, sich bereit erklärt haben, auf einen Teil ihres Einkommens zu verzichten, mit der Ueberschrift "Die Riesenbezüge der preussischen Gewerkschaftssekretäre" versehen.

Das Blatt will damit den Eindruck erwecken, dass die Gewerkschaftssekretäre in Geld schwimmen. Diese würden sich glücklich schätzen, wenn sie Direktorengelöhner beziehen könnten.

SPD. Die Berliner Brotfabrikanten haben die Dreistigkeit, auf die Forderung des Publikums nun endlich wie die Bäcker, den Brotpreis mindestens aus 46 Pfennige zu senken, sich mit den "exorbitant hohen Löhnen der Bäckergehilfen" herauszureden. Diese Löhne sollen angeblich um 30 % überhöht sein. Also die Bäckergehilfen sind schuld, wenn der Brotpreis nicht gesenkt werden kann. Aus der Preissenkungsaktion kann noch allerhand werden, wenn die Reichsregierung nicht bald mit der Faust dazwischenschlägt.

Preisenquête.

Eine gute Arbeit des Reichswirtschaftsrats. Aber wird die Reichsregierung zugreifen.

SPD. Der Reichswirtschaftsrat hat am Freitag das Ergebnis seiner Untersuchungen über die Möglichkeit von Preissenkungen veröffentlicht. Der ihm von der Reichsregierung erteilte Auftrag ging dahin, auf den wichtigsten Gebieten der deutschen Wirtschaft Feststellungen zu treffen, inwieweit Kartellmassnahmen zu einer Uebersteigerung der Preise geführt haben und wo eine Anwendung der durch die Notverordnung verschärften Kartellverordnung zur Erzwingung eines normaleren Preisstandes angebracht sei.

Im Reichswirtschaftsrat ist es gewissermassen zu einem Kompromiss zwischen den drei Gruppen, den Vertretern der Unternehmer, der Arbeitnehmer und der Verbraucher gekommen. Wir hätten gewünscht, dass der Reichswirtschaftsrat in seinen Empfehlungen weitergegangen wäre. Insbesondere hätten wir eine eindeutigere Einstellung z.B. gegenüber dem Preisschutz im Kohlenkleinhandel gewünscht. Aber auch in der jetzigen Form gibt die Arbeit des Reichswirtschaftsrats der Regierung eine scharfe Waffe in die Hand. Hinter den Gutachten, die bis auf die Empfehlung einer eventuellen allgemeinen Aufhebung der Preisbindung bei den Markenartikeln einstimmig angenommen worden sind, steht die Vertretung der gesamten Wirtschaft, stehen Unternehmer, Arbeitnehmer, die Vertreter der Verbraucher, der Genossenschaften usw. Die Regierung Brüning hat in dem Gutachten des Reichswirtschaftsrats einen starken moralischen Rückhalt für ihren Preisabbau und kann mit dem Gutachten schon etwas machen, wenn sie es ernstlich will. Im einzelnen enthalten die Gutachten des Reichswirtschaftsrats folgende Empfehlungen:

In der Kalk- und Mörtelwirtschaft könne von einer Erstarrung der Preise durch die Preispolitik nicht gesprochen werden. Hier sei die Anwendung der Notverordnung nicht zu empfehlen. Für die Ziegelindustrie wird der Reichsregierung empfohlen, Uebelstände durch Verhandlungen abzustellen und gegebenenfalls auf Grund der Notverordnung einzugreifen. Hier seien es besonders lokale Vereinigungen, die durch ihre besondere Frachtenlage eine Ausnahmestellung einnehmen, was dazu geführt habe, dass die Listenpreise mit den tatsächlichen Preisen nicht übereinstimmen. Bekanntlich differieren in vielen Wirtschaftsbezirken die Listenpreise, die in den nicht umkämpften Gebieten genommen werden, mit den in Kampfgebieten gezahlten Preisen um mehr als 50 und 100%. Der Reichswirtschaftsrat hält weiter die Preispolitik der Zementsyndikate, die im wesentlichen auf die Aussenseiterbekämpfung eingestellt ist, für höchst bedenklich, da sie in den unbestrittenen Bezirken vielfach zu überhöhten Preisen geführt habe. Immerhin erscheinen die von der Zementindustrie bereits durchgeführten Preissenkungen sehr beachtlich. Deshalb halte der Reichswirtschaftsrat Eingriffe der Reichsregierung in die Preisentwicklung im Augenblick nicht für erforderlich. Dagegen sei es im Interesse des Wettbewerbs erforderlich, dass an gewerbliche Händler und an den genossenschaftlichen Handel gleiche Rabatte gewährt werden, soweit sie die vorgeschriebenen Mengen abnehmen. In einem anderen Gutachten erklärt sich der Reichswirtschaftsrat einstimmig für die Aufhebung des Schutzes der Handelsspannen in der Tapetenindustrie, die ja vom Handel diktiert werden. Die Reichsregierung hat bereits von dieser Empfehlung Gebrauch gemacht.

Für die Kohlenwirtschaft wird auf die von den Syndikaten zugestandenen Preisermässigungen hingewiesen und der Erwartung Ausdruck gegeben, dass diese Verbilligung des wichtigsten Rohstoffes der deutschen Produktion zu einer Senkung des gesamten Preisniveaus führen werde. Der Ausschuss hält eine Vereinfachung der Absatzorganisation für notwendig. Die überflüssigen Verteilungsorgane beseitigt und verhindert, dass die Produktion durch vermeidbare Verteilungsspesen in ihrem Erlös geschmälert wird. Besonders in Gebieten des ostelbischen Braunkohlensyndikats sei eine Herabsetzung des Grosshandelsrabattes erforderlich. Damit schneidet der Reichswirtschaftsrat eine Frage an, die in den letzten Jahren lebhaft debattiert worden ist und die jetzt endlich geklärt werden muss. Um dem letzten Verbraucher die Kohlenpreisermässigung zugute kommen zu lassen, hält der Reichswirtschaftsrat es für geboten, dass die Syndikate auf eine Ermässigung der Kleinhandelspreise hinwirken und dass dort, wo dies nicht zum Erfolg führe, ein Eingreifen gegebenenfalls durch Verweigerung des Preisschutzes durch die Syndikate oder auf Grund einer Notverordnung des Reichspräsidenten stattfindet.

Für die Eisenwirtschaft, die ja im Mittelpunkt der Preissenkungsdebatten steht, sind die Erhebungen nicht abgeschlossen. Die Senkung der deutschen Eiseninlandspreise wird für notwendig erklärt und die Reichsregierung ersucht, auf Beschleunigung dieser Preissenkung hinzuwirken, weil eine Ermässigung der gesamten Produktionskosten der deutschen Wirtschaft nur möglich sei, wenn gleichzeitig von allen Seiten, in erster Linie von Seiten der wichtigsten Rohstoffherzeuger, Preisermässigungen vorgenommen werden. Der Reichswirtschaftsrat ist auch der Ansicht, dass sich die Preissenkung nicht nur auf die Grundpreise, sondern auch auf die Effektivpreise einschliesslich der Auf- und Ueberpreise erstrecken müsse. Die restlose Auswirkung von Preisermässigungen bis zum letzten Verbraucher sei zu sichern. Der Reichswirtschaftsrat ist sich allerdings darüber klar geworden, "dass mit der Durchführung der genannten Massnahmen die in der Eisenindustrie bestehenden Schwierigkeiten nicht restlos gelöst werden können." Das Gutachten empfiehlt der Reichsregierung, die eisenerzeugende Industrie zu Massnahmen zu veranlassen, die eine Dauerlösung versprechen. Erzeuger, Arbeitnehmer und Verbraucher werden sich in nächster Zeit zu Beratungen über eine Lösung in der Eisenfrage zusammenfinden.

Hinsichtlich der Markenartikel hat sich die Auffassung im Reichswirtschaftsrat durchgesetzt, dass eine allgemeine Aufhebung des Preisschutzes Bedenken habe und dass man mit einer allgemeinen Aufhebung der Preisbindungen nicht nur die Unvernünftigen, die einer Preisherabsetzung Widerstand leisten, treffen würde, sondern auch einsichtige Kreise, die der Preissenkungsaktion positiv gegenüberstehen. Von dieser Richtlinie aus wird der Regierung empfohlen die Senkung der Preise für Markenartikel durch Zusammenwirken der beteiligten Kreise in dem möglich erscheinenden Umfang zu sichern. Das Ausmass der bisher erfolgten Preissenkung, die in der Regel 10% des Endverkaufspreises überschreite, wird als Richtlinie für die Mindestmöglichkeiten des Preisabbaus angesehen. Nach dem Gutachten des Reichswirtschaftsrats soll die Reichsregierung den Verbänden der Erzeuger und Händler kurze Fristen setzen, nach deren Ablauf die Preissenkung in ausreichendem Masse auf diesen Gebieten gesichert sein muss. Soweit es innerhalb dieser Fristen nicht gelingt, die erforderlichen Preisermässigungen zu erreichen, empfiehlt der Reichswirtschaftsrat der Reichsregierung, auf Grund ihrer Vollmachten auf diesen Gebieten, die Preisbindungen für Wiederverkäufer der Markenartikel zu lockern, erforderlichenfalls aufzuheben. Soweit ist die Entschliessung über die Markenartikel einstimmig angenommen worden. Gegen den dritten Absatz dieser Markenartikelentschliessung haben die 10 Unternehmervertreter und 6 Vertreter aus der sogenannten Gruppe der Verbraucher gestimmt. Es standen also 13 Stimmen gegen 16 Stimmen. Mit den Arbeitnehmern stimmten u. a. die Vertreter der Konsumgenossenschaften. Der von den Unternehmern abgelehnte Abschnitt besagt, dass dort, wo sich das obenerwähnte Verfahren für die Preissenkung als nicht genügend wirksam oder als praktisch undurch-

führbar erweist, der Reichswirtschaftsrat die allgemeine Aufhebung der Preisbindung für Markenartikel empfehlen müsse, "da er in diesem Fall für die nächste Zeit den Wegfall des Preisschutzes als das geringere Uebel gegenüber der Gefahr einer Preishochhaltung auf dem Gebiet der Markenartikel ansieht."

SPD. In der Zementindustrie ist jetzt eine bereits im Frühjahr dieses Jahres in Fluss gekommene Verschmelzung vollzogen worden, die auf dem Wege dieser Industrie zum Monopoltrust eine wichtige Etappe darstellt. Die beiden kapitalstärksten Zementkonzerne in Deutschland, die Schlesische Portland-Zementfabriken A.G. in Oppeln und die Portland-Zementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart A.G. haben eine enge Interessengemeinschaft abgeschlossen, die durch Austausch von Aktienpaketen und durch Personalunion in den Aufsichtsräten besonders gefestigt ist. Zugleich wird der schlesische Konzern, der schon im vergangenen Jahr bei den beiden thüringischen Zementunternehmen Prüssing und Adler sich ausschlaggebenden Einfluss erworben hatte, diese Gesellschaften gleichfalls in enger Interessengemeinschaft an den Hauptkonzern binden und die Fabrikation sämtlicher Betriebe unter eine einheitliche Verwaltung bringen.

Mit der neuen Fusion ist ein Gebilde geschaffen worden, das den Wickingkonzern noch überragt. (Beide Konzerne dürften etwa 40% der Quoten erfassen) Wenn es zur Sprengung des westdeutschen Zementverbandes kommt, wird der neue Konzern ohne Zweifel ein Faktor sein, der die Entwicklung der Dinge entscheidend beeinflussen kann. Diese Möglichkeit scheint auch der Anlass zu der Verschmelzung gewesen zu sein.

SPD. In einer von der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels veranstalteten Besprechung wies Dr. Tiburtius darauf hin, dass die Hauptgemeinschaft (von dem in der Hauptgemeinschaft organisierten Handel können wir das leider nicht allgemein sagen. Red.) stets die politische Notwendigkeit des Preisabbaus anerkannt habe. Dr. Tiburtius bemängelte dann weiter, dass es an einem Einzelhandelsindex fehle, da der Einzelhandel vom Lebenshaltungsindex nur mit etwa 52% der Preise beteiligt sei. Der Einzelhandel wolle sich der Forderung des Preisabbaus durchaus nicht entziehen, aber er verlange gleichzeitig eine Senkung der Steuern, der Zölle, der Frachten, der Licht- und Krafttarife.

SPD. Am Freitag sprang die Kupfernotiz in Berlin von 96,50 Mark pro 100 kg auf 105 Mark. Die weitere Steigerung des Kupferpreises geht auf Nachrichten zurück, wonach im Kupferkartell eine Drosselung der Produktion von rund 24000 Tonnen pro Monat beschlossen worden ist.

Die geheimnisvolle Linoleumbaisse.

Börsenbericht für die Woche vom 10. bis 15. November.

SPD. Berlin, 15. November 1930.

Die Börse zeigte in der verflossenen Woche eine Widerstandsfähigkeit, die selbst grösste Optimisten nicht erwartet hätten. Trotzdem es an den ausländischen Börsen an manchen Tagen recht unfreundlich zuging und obwohl in New York teilweise beträchtliche Kursverluste zu verzeichnen waren, die auch amerikanische Verkäufe an deutschen Aktien auslösten, hat sich das Kursniveau der Berliner Börse eher nach oben als nach unten verändert. Die tatsächlichen Umsätze waren allerdings sehr klein dabei, aber bemerkenswerter Weise zeigte sich überall dort, wo hin und wieder die Baissepartei einen Vorstoss versuchte, eine bemerkenswerte Opposition der Grossbanken, sodass im Grunde genommen wesentlich Verluste in der letzten Woche unterblieben sind. Als eine grundlegende Tendenzänderung, ja selbst nur als eine gewisse Fundamentierung der kommenden Börsenentwicklung wird man jedoch diese Ereignisse nicht werten dürfen. Der starke Widerstreit der treibenden Kräfte, d.h. eine gewisse Kräftegleichheit von Hausse- und Baissepartei, ist im Augenblick der Hauptgrund der nach aussen in Erscheinung tretenden Widerstandsfähigkeit des Kursniveaus.

Ganz ohne jede Ausnahme geht es natürlich nie an der Börse ab. Ein Verlustbringer erster Ordnung waren wieder einmal die Aktien der Deutschen Linoleumwerke. Konnte man aber die ersten, wenn auch starken Kursermässigungen dieses Papiers mit einem Nachlassen des Geschäftsganges entsprechend dem Sinken der Bautätigkeit begründen, so wird nunmehr die Baisse allmählich geheimnisvoll. Mit einem neuerlichen Rückgang von 122 auf bis 111% haben sie ihren bisher niedrigsten Stand erreicht. Stritt man kürzlich noch darüber, ob die 1930er Dividende unverändert 15% oder aber nur 10 bis 12% werde, so spricht dieser Kurs bestenfalls noch für eine 5 bis 6%ige Dividende. Die Verwaltung aber äussert sich zu diesem Thema nicht. Woher die grossen Verkäufe kommen, ist nicht weniber unbekannt. Bestimmte Vermutungen führen nach Frankreich, wo das Bankhaus Oustric in grösste Schwierigkeiten geraten ist, das in Verbindung mit dem Linoleumkonzern stand und ihm die Aktien der französischen Sarlino-Fabrik vermittelt hatte. Ob das allein aber der Grund der scharfen Schwäche ist oder ob interne Schwierigkeiten erheblicher Natur vorhanden sind, bleibt vorerst ein Rätsel.

Auch die starke Abschwächung der Aktien der Rheinischen A.G. für Braunkohlenbergbau von 172 auf 160,5% entbehrt bis zur Stunde noch der Begründung. An sich sollte man von dem Preisabbau, den gerade das rheinische Braunkohlensyndikat mit grosser Schnelligkeit vorgenommen hat, erwarten, dass sich die Geschäftslage bei diesem Unternehmen jetzt im Winter wesentlich bessert. Die Aktienbesitzer scheinen anderer Meinung zu sein oder aber es sind auch hier grösere Bestände in schwachen Händen, die jetzt zu jedem Preis unterzukommen suchen.

Ganz im Gegensatz dazu, zeigte sich für einige Montanpapiere anhaltendes Kaufinteresse, insbesondere wieder für Hoesch und Köln-Neuessen, wofür unzweifelhaft innere Gründe massgebend sind, die jedoch bisher nur eingeweihte Kreise kennen. Hoesch stiegen von 72 bis 76,5% und waren am Freitag mit 75,5% gut gehalten. Köln-Neuessen verbesserten ihren Kurs von 76,5 bis 82,75% und notierten am Schluss der Freitagbörse 81,75%, also ebenfalls weiter fest. Demgegenüber waren Harpener, Vereinigte Stahlwerke, Phönix und andere nur um etwa einen Punkt verändert.

Von der zeitweisen Besserung an den internationalen Börsen profitierten in erster Linie Chade, die nach 289 bis auf 298 Mark pro Stück ansteigen konnten. Die übrigen Elektropapiere waren dagegen kaum verändert, nur in RWE erfolgte plötzlich in den letzten Tagen stärkeres Angebot, das den Kurs von 151,25 bis 144,5% herunterdrückte und am Freitag folgte nur eine kleine Erholung auf 146,5%. Siemens erwiesen sich mit kleinen Schwankungen zwischen 176,5 und

178,5% als besonders widerstandsfähig.

Auch I.G. Farben hatten nur ganz minimale Veränderungen aufzuweisen; sie schlossen die Vorwoche mit 138,25%, am Freitag notierten sie 138,5%. Das gleiche Bild bieten Kunstseide-, Kali- und Bankaktien.

SPD. Die vom Zentralverband deutscher Konsumvereine veröffentlichte Erhebung über das dritte Vierteljahr 1930 beweist eine starke Widerstandskraft der Konsumgenossenschaften gegenüber der Wirtschaftskrise. Der Durchschnittsumsatz je Mitglied liegt mit 100,18 Mark nur um 1 Pfennig unter dem Satz im zweiten Vierteljahr 1930. Gegenüber dem dritten Vierteljahr 1929 ergibt sich ein Rückgang von 5,07 Mark. Charakteristisch ist das Anwachsen des Mitgliederbestandes, der für das dritte Vierteljahr 1930 gegenüber dem dritten Vierteljahr 1929 rund 75 000 beträgt. Ohne Zweifel ist das die natürliche Folge der verbräucherfeindlichen Politik, die in Deutschland gerade während des letzten Jahres betrieben worden ist. Die Entwicklung im Zentralverband geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

	<u>3. Vierteljahr</u> <u>1930</u>	<u>2. Vierteljahr</u> <u>1930</u>	<u>3. Vierteljahr</u> <u>1929</u>
Mitgliederbestand	2 917 735	2 905 580	2 842 280
Vierteljahrsumsätze in Millionen Mark	292	291	299
Umsatz der Grosseinkaufsgesellschaft in Millionen Mark	133,7	113,4	134
Umsatz der Herstellungsbetriebe der Grosseinkaufsgesellschaft in Mill. Mark	36,1	31,9	33,2
Spareinlagen in Millionen Mark	412,9	400,9	369,9

Bei dem Anwachsen der Mitgliederzahlen muss berücksichtigt werden, dass die Vereine die sogenannten Papiersoldaten schonungslos ausgeschlossen haben. Die Eigenbetriebsmittel der Konsumgenossenschaften sind sowohl zahlenmässig als auch im Verhältnis zum Umsatz gestiegen. Die Geschäftsguthaben vermehrten sich von 61,96 auf 62,57 Millionen Mark. Noch günstiger gestaltete sich die Entwicklung der Rücklagen aller Art, die sich von 63,18 Millionen Mark am 30. Juni 1930 auf 64,02 Millionen Mark am 30. September 1930 erhöhten. Die Warenschulden der Konsumgenossenschaften bei den Lieferanten hatten am 30. Juni 1930, dem Betriebsjahrsschluss der meisten Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes, mit 43,7 Millionen Mark den niedrigsten Stand innerhalb des letzten Jahres erreicht. Im dritten Vierteljahr hat sich die Summe der Warenschulden wieder erhöht und zwar von 43,7 Millionen Mark zu Beginn des Vierteljahrs auf 51,8 Millionen Mark am Ende des Vierteljahrs. Die Bewegung erklärt sich mit der bereits im September einsetzenden Eindeckung der Konsumgenossenschaften für den Herbst- und Winterbedarf.

SPD. Nach dem Bericht des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten erfuhren die Geschäftslage im Oktober eine weitere Verschlechterung. Der Eingang von Aufträgen aus dem In- und Ausland wird als unbefriedigend bezeichnet. Weitere Betriebe hätten sich zur Einführung von Kurzarbeit genötigt gesehen; in den schon früher davon betroffenen Betrieben sei vielfach eine noch stärkere Arbeitszeitverkürzung eingetreten. Der Maschinenbau begrüsst lebhaft die bisherigen Massnahmen der Regierung für einen Abbau der überhöhten Selbstkosten und der verteuerten Lebenshaltung und erwarte ein weiteres kräftiges Vorgehen in gleicher Richtung, da hierdurch allein eine alsbaldige Ueberwindung der nun schon seit drei Jahren in Gang befindlichen Arbeitskrise und der Arbeitslosigkeit möglich sei.

Schwaches Mehlgeschäft.

(Berliner Getreidebörse vom 14. November)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Freitag stetige Tendenz. Bei geringfügiger Geschäftstätigkeit waren grössere Preisveränderungen nicht festzustellen. Am Markte der Zeitgeschäfte lag Weizen etwas schwächer, Roggen kaum verändert. In effektiver Ware ist das Angebot nicht viel grösser geworden. Aber auch das Kaufinteresse war nur gering, da das schwache Mehlgeschäft eine regere Tätigkeit nicht aufkommen liess. Allerdings waren auch niedrigere Preise nicht durchzusetzen. Versuche in dieser Hinsicht, die durch die Mühlen unternommen wurden, schlugen fehl, da die Landwirte auf ihren Forderungen beharrten. Das Mehlgeschäft ist, wie gesagt, in keiner Weise in Bewegung gekommen. Die Forderungen der Mühlen lauteten unverändert, aber Umsätze waren nicht zu verzeichnen. Hafer hatte gleichfalls ruhige Tendenz. In Berlin war die Kauflust gering, sodass vielfach an der Küste zur Verladung nach Westdeutschland bessere Preise erzielt wurden.

	<u>13. November</u>	<u>14. November</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	250 - 251	250 - 251
Roggen	152 - 154	153 - 155
Braugerste	186 - 212	186 - 212
Futter- und Industrieroggen	170 - 180	170 - 180
Hafer	141 - 151	141 - 151
Weizenmehl	29,00 - 37,50	29,00 - 37,50
Roggenmehl	24,50 - 27,25	24,25 - 27,25
Weizenkleie	8,00 - 8,50	8,00 - 8,50
Roggenkleie	7,50 - 8,00	7,50 - 8,00.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 264½ (Vortag: 265½) März 278½ (279½), Mai 286 (286½) Roggen Dezember 172½ - 172 (172). März 186½ - 186 Brief (186½) Mai 192 plus Brief (194). Hafer Dezember 153½ (153) März 167 (167½) Mai 176½ (176½)

Berliner Viehmarkt.

(14. November)

SPD. Der Auftrieb auf dem Schweinemarkt war am Freitag nicht allzu reichlich ausgefallen. Die Verkäufer waren also im Vorteil. Es gelang ihnen auch, Erhöhungen, die sich allerdings in Grenzen halten, durchzudrücken. Der Kälbermarkt, der geräumt war, zeigte bei genügender Beschickung zurückgehende Preise. Auf dem Rindermarkt hielten sich in etwa die Preise des letzten Marktes. Auf dem Hammelmarkt gaben die Preise nach.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 41 - 47 (voriger Markt 41 - 47), b) 32 - 40 (32 - 40), c) 28 - 30 (28 - 30), d) 25 - 27 (25 - 27). Kälber: a) - (-), v) 78 - 85 (80 - 88), c) 68 - 80 (70 - 83), d) 45 - 63 (45 - 65). Schweine: a) (über 300 Pfund) 63-66 (63 - 65), b) (240-300 Pfd.) 64 - 65 (63 - 65), c) (200-240 Pfd.) 63-64 (61-65), d) (160-200 Pfd.) 59-62 (57-60), e) (120-160 Pfd.) 55 - 57 (53-56) f) (unter 120 Pfund) - (-), g) (Sauen) 56 - 57 (55 - 57).

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 14. November 1930

Das Lama.^x

SPD. Patrick Capwaters Zirkusschau hatte ihre Zelte in Trenton aufgeschlagen. Trenton liegt zwar dicht bei Neuyork, aber vom klopfenden Pulse des Grosstadtlebens ist bei den Trentonern wenig zu spüren. Einen Zirkus gar betrachten sie mit ländlicher Scheu, und der gute Patrick schaute mit trübem Blick in seine Blechkasse, die mindestens für das Dreifache der bisher gemachten Einnahmen bequem Platz bot.

Eines Abends schaute der Bürgermeister von Pottsville von der Fremdenloge aus dem Zirkusspiel zu. Patrick hatte ihm eine Freikarte übersandt, und um seiner Person und seinem Range die gebührende Aufmerksamkeit zukommen zu lassen - zum Teil besorgte dies ja schon die Tatsache, dass er die Fremdenloge innehatte -, trug der Bürgermeister einen Smoking und, oben an der weissen Hemdbrust leuchtend, einen wirklich famos gebundenen, kleinen, schwarzen Shlips. Wie hätte er auch ahnen können....

Mit beträchtlichem Selbstbewusstsein liess der Bürgermeister seine Blicke über die Manege schweifen. Die braven Trentoner, die da in ihren zerknitterten Arbeitsblusen und Fabrikanzügen auf ihren Holzplätzen sassen, beachtete er kaum.

Die Löwen waren gerade abgetreten. Es trat jetzt das dressierte Lama auf. Das Lama machte ganz wunderbare Sachen. Das Publikum klatschte lebhaft. Es schaute nur etwas blöde drein, das Lama natürlich. Plötzlich schien es die Fremdenloge samt Inhalt zu erblicken. Es bekam auf einmal ganz fröhliche Augen, und dann - der ganze Zirkus sah es - spuckte es in einem reizenden Bogen dem Bürgermeister auf den kleinen, schwarzen Shlips. Der Stallmeister kam herbei gerannt und zerrte das Lama fluchend weg. Aber das half ja nichts mehr. Der Bürgermeister von Pottsville, hochrot im Gesicht, war aufgestanden und fuchtelte erregt mit den Armen. Der Direktor kam herbeigelaufen. Die Zirkusbesucher unterdrückten mühsam das Lachen. In der "Trenton Post" las man am andern Tage, dass der Bürgermeister gegen Patrick Klage erhoben habe, und dass ihm von Schnellrichter tausendundzwei Dollar fünfzig zugesprochen worden seien, tausend Dollar Schmerzensgeld und zwei Dollar fünfzig für einen neuen Shlips. Gleichzeitig las man, dass der Bürgermeister von Wilmington einer Vorstellung von Patrick's Zirkusschau beizuwohnen beabsichtige.

An dem Abend, als der Bürgermeister von Wilmington den Zirkus betrat, waren die riesigen Zelte knallvoll. Die Trentoner hingen förmlich von den Rängen herunter. Der Bürgermeister von Wilmington, angetan mit einem pikfeinen Frack, weisser Binde und einem stahlblauen Orden auf der Hemdbrust, schaute interessiert dem Treiben der Bären, Kamele und Tiger zu. Diese Tiere interessierten nun wieder die Trentoner wenig. Sie wurden erst wach, als das Lama hereintrat. Das Lama, äusserst gelangweilt dreinschauend, machte wiederum wunderhübsche Sachen. Als jedoch der Vorführer sich einen Augenblick abwandte, um eine Atrappé aus dem Wege zu räumen, trabte es ganz vergnüglich auf die Fremdenloge los, blieb etwa fünf Meter vor dem Bürgermeister von Wilmington stehen und - der ganze Zirkus hing atemlos an der Szene - pfpst! sass etwas, nachdem es einen niedlichen Bogen durch die Luft beschrieben hatte, auf des Bürgermeisters Hemdbrust, genau zwischen Orden und Schleife. Das Publikum raste. Der Bürgermeister war kalkweiss geworden. Er zitterte entsetzlich, fand aber vor-

derhand noch keine Worte. Der Stallmeister trieb das Lama mit Schlägen aus der Manege, während Patrick sich vergeblich abmühte, den empörten Bürgermeister zu beruhigen. Es half nichts, die Sache kostete ihn wieder ein Heidengeld, das der Schnellrichter dem Bürgermeister zusprach. Patrick schwor, keinen Bürgermeister in Gala mehr in seinen Zirkus zu lassen.

Am nächsten Abend sah er sich genötigt, die Eintrittspreise um das Dreifache zu erhöhen, denn nur so konnte der Sturm auf seine Kassen etwas abgeebbt werden. Trotzdem barst der Zirkus fast von Schaulustigen. Mitten im Dressurakt des Lamas hob dieses plötzlich freudig den Kopf, als ein Herr in der Loge Nummer vier seinen Mantel ablegte, unter dem er einen Abendanzug mit schwarzer Schleife trug. Vergebens versuchte der Mann in der Manege, seine Hand vor des Lamas Maul zu bringen; es fuhr etwas durch die Luft und sass - klicks - auf dem Shlips des Mannes in der Loge Nummer vier. Zum Leidwesen von Patrick Capwater war dieser Mann der Richter von Newby, der, vor Wut mit puterrotem Gesicht davonstürzend, in Patricks Direktionszimmer drang und auf diesen kräftig einschlug. So berichtete anderntags die "Trenton Post". Es ging für Patrick böse aus. Sein allabendlich zum Platzen gefüllter Zirkus (bei dreifachen Eintrittspreisen) entschädigte ihn nur zum Teil.

Das war vor drei Monaten. Zur Zeit gastiert Patrick Capwaters Zirkusschau in Alleghany, und hier sitzen die "Bürgermeister von Pottsville und Wilimington" und der "Richter von Newby" abwechselnd in Patricks Fremdenloge und lassen sich, die man hier unter dem Namen dreier bekannter Neuyorker Gesandtschaftsattachés eingeführt hat, von Patricks dressiertem Lama, das tatsächlich ganz wundervolle Sachen zustande bringt, genau so anspucken wie all die Jahre, in denen sie schon mit dem guten Patrick in den Staaten umherreisen.
Werner Lobbenberg.

Gedenket der Toten!^x

Von W. Zechenter.

SPD. Regen schüttete auf klingende Scheiben Kaskaden von Tropfen. Das Zimmer war leuchtende Verneinung des traurigen Totensonntags, der in des Abends Aengsten seinen Geist aufgab. Es war warm in diesen gemütlichen vier Wänden. Das elektrische Licht glühte in lustigen Birnen. Die Sessel waren weich und warm, die Zigaretten ausgezeichnet und duftend. In dieser angenehmen Stimmung sassen wir und vertrieben und die Zeit mit leichten Plaudereien über alles und nichts.

Wir erinnerten uns, dass heute Totensonntag war, als Stephan das Thema "Theater" berührte und über das eben in unserm Theater herausgebrachte Stück Hauptmanns "Hanneles Himmelfahrt" zu sprechen begann.

"Tatsächlich... heute ist ja Totensonntag", sagte Konrad leise.

"Eine gute Gelegenheit zum Verdienen für Literaten", sagte lachend der stets zynische Janusch und blickte mich an. "Du wirst sicher wieder ein Totensonntagsgedicht produziert haben oder sonst ein Feuilleton über das Gedenken der Toten".

"Nein", entgegnete ich, "in diesem Jahre nicht, da ich kein geeignetes Thema hatte. Lediglich darüber zu schreiben, dass auf den Gräbern die Lichter brennen und die Geister über die Friedhöfe wandern, genügt nicht. Hätte ich ein geeignetes Thema gehabt, dann würde ich auch etwas geschrieben haben."

"Weisst Du, ich hätte...."

Der bis dahin schweigsame Georg streifte nervös die Zigarettenasche ab.

"Was denn?" fragte ich.

"Ich hätte für dich ein Totensonntag=Thema gehabt."

"Ein wenig zu spät", sagte Janusch lächelnd. "Er kommt nicht mehr damit zu=

recht. Höchstens - fürs nächste Jahr..."

"Erzähle, bitte!"

"Es ist etliche Wochen her", begann Georg mit stiller und ein wenig zitternder Stimme, "da hatte ich einen seltsamen Traum."

"Ein Traum - das ist stets interessant", unterbrach Janusch. "Sprich! Wir sind begierig zu hören."

"Einen Traum von Wladek Zyski..."

Uns alle schauderte. Dieser Name erschütterte unsre im Egoismus eingeschlaferten Gewissen. Wladek Zyski, unser teurer Studienfreund, der unermüdliche Dichter, der unerhört erfolgreiche Schürzenjäger, hatte im April Selbstmord begangen. Das war selbst für uns, die wir ihn am nächsten gestanden hatten, unerklärlich gewesen. Am Abend verabschiedeten wir uns von ihm, als wir das Café verliessen - früh erfuhren wir, dass er sich um zwei Uhr nachts in seinem kleinen Zimmer erschossen hatte.

Der April war für uns eine Zeit gesteigerter Vergnügungen. Wir lernten damals - noch mit Wladek zusammen - eine sehr nette Gesellschaft kennen. Es waren sympathische, aber auch zynische Plauderer, die nicht wenig hinter die Binde gossen. Wir waren stets zusammen, trieben uns nächtelang herum und huldigten zwei Balletteusen, lieben und heiteren Mädchen. Diesen blühenden Zeitabschnitt im frischen, sinnlichen Frühling unterbrach der tragische Tod Wladeks. Aber der Tod packte das Leben nicht. Wenige Tage nach des Freundes Tode kehrten wir zur früheren Lebensweise zurück. Wir sprachen niemals von ihm - es war wohl das erste Mal seit April, dass sein Name in unsrer Mitte fiel. Selbst Janusch wurde traurig und nachdenklich. "Sprich!..."

"Mir träumte, es wäre Totensonntag. Wir sassen Abends in diesem Zimmer. Regen schlug an die Scheiben..."

Ein kräftiger Wind spritzte prasselnde Tropfen an die Fenster. Wir schauerten zusammen. Georg fuhr fort: "Es war wie heute... Wir sprachen über alles und nichts und dachten nicht daran, dass Totensonntag war, der Tag, an dem man sich einmal im Jahre - ihrer erinnern sollte, die dahingegangen sind und nie mehr zu uns zurückkehren. Wir vergassen ihrer - wie auch heute übrigens. O, dort im bläulichen Dämmer hat wohl jeder von uns in Herbstlaub geküllte Hügel, an die fortwährend zu denken wir keine Zeit und keinen Mut haben. Aber einmal im Jahren sollten wir doch..."

"Kein Sentimentalitäten! Fass dich kurz!" brummte Janusch. Aber seine Stimma klang fremd.

"Und als wir so sassen - plötzlich - - "

Er unterbrach sich und blickte auf die Tür. In seinen Augen flammte die Angst vor einer Möglichkeit auf.

"Plötzlich?"

"Plötzlich klopfte er an die Tür, er - Wladek - dreimal, kurz, wie üblich - "

"Ach, lass mich damit in Ruhe", fuhr Konrad auf. "Es macht mich nervös. Ist doch wahr. Solche Träume - "

"Dumme Träume", brummte Janusch und ging im Zimmer auf und ab.

"Du warst beschwipst und hattest dann Wahnvorstellungen."

"Erzähle weiter", sagte ich.

"Tatsächlich ein Stoff", ironisierte Janusch und zündete sich eine Zigarette an. Georg lächelte unsicher. "Mir selbst ist das Erzählen höchst unangenehm. Aber, weisst Du, die Erinnerung an Wladek - "

"Na ja, erzähle weiter! Los, erzähle weiter..."

"Und er trat ein. In dunkler Kleidung, wie immer, nur sehr traurig. Wir reichten uns die Hände - teils erstaunt - teils ganz natürlich - wie eben im Traum, wo sich das Lebens und des Todes Gebälk schneiden und nichts allzu unmöglich ist. Er sprach ungefähr diese Worte: "Nun sind wir wieder zusammen. Ich danke euch, dass ihr meiner gedenkt." Mich packte ungeheure Trauer. Und Scham. Hatten wir ihn doch so rasch vergessen."

Rot vor Aerger stellte sich Janusch vor den Erzähler. "Was, du! Du

willst uns Lehren erteilen? Du erzählst irgend einen ersonneren Traum! Wie hast du etwas von ihm geträumt! Du spielst dich als Lehrmeister auf! Gedenken! Ihrer gedenken! Das ist eine individuelle Angelegenheit. Eine Methode willst du einführen - irgend eine Totenwoche?"

"Hör auf, Janusch!" sagte Konrad. "Aber, Georg, hattest du wirklich diesen Traum?"

"Glaubt mir, es war so! Etliche Wochen ist es her. Aber jetzt erst erinnerte ich mich seiner. Jetzt, da alle seine Begleitumstände die gleichen sind, wo alles so ist wie in jenem Traume. Regen schlägt an die Scheiben - wir - die Unterhaltung - Totensonntag=Abend"

Plötzlich drehten wir alle gleichzeitig unsre Köpfe nach der Türe hin. Schauer der Bestürzung erschütterten meine Nerven. In der Türe - jenseits des Zimmers - steht jemand! Wir fühlten seine Gegenwart mit der Sensibilität überreizter Nerven. Und wir warteten! Wir warteten, bis er klopfen würde. Und uns die Hand reichte. Und sagte: "Nun sind wir wieder beisammen. Ich danke euch, dass ihr meiner gedenkt."

Janusch erwachte zuerst aus der Erstarrung. Er ging an die Türe und stützte seine Hand auf die Klinke. Ein furchtbarer Augenblick verstrich. Wir alle gingen an die Flurtüre. Janusch öffnete. Wir traten auf den Flur hinaus. Es war noch nicht acht Uhr, denn das Licht brannte noch auf dem Treppenflur.

Natürlich - es war niemand da.

"Was war denn nun weiter mit deinem Traum?" fragte Janusch, als wir wieder in den weichen Sesseln Platz genommen hatten.

"An weiteres erinnere ich mich nicht mehr - weiter reicht mein Gedächtnis nicht."

Wir verabschiedeten uns von Konrad und zogen unsre Mäntel an. "Wisst ihr," sagte Janusch still, "lacht nicht über mich - aber wir wollen morgen Nachmittag - bei ihm -...Allerdings ist Totensonntag schon vorbei - aber ihr wisst doch!"

Am nächsten Tage lächelten auf Wladeks ungepflegtem Grabhügel weisse Chrysanthemen.

Als wir durch das Friedhofstor schritten, blickten wir uns in die Augen.

Es ist eine Erleichterung, ins Leben zurückzukehren, wenn man diese paar Blumen auf ein Grab geworfen hat...

(Deutsch von Leo Koszella.)

Menschenknochen als "Medizin."

SPD. In Marokko wurde kürzlich ein "Zauberer" verhaftet, der sich unter der Bergbevölkerung des Rifs eines besonders hohen Ansehens erfreute. Man nannte ihn "den schlimmsten Feind des Todes", weil er ein Lebenselixir erfunden hatte. Natürlich war das Mittel nichts wert; es beruhte auf Schwindel, ganz abscheulicher Art sogar. Der "Zauberer" zerstampfte Menschenknochen zu Pulver, vermischte das Pulver mit einer Flüssigkeit und füllte dieses "Elixir" in seine vielbegabten Flaschen. Ein schwunghafter Handel mit Menschenknochen hatte sich in den Bergen entwickelt. Woher die Knochen stammten, weiss kein Mensch; aber es werden die unglaublichsten Vermutungen geäußert. Die marokkanischen Behörden sind noch mit der Aufklärung des Falles beschäftigt.

Dass Leichenteile zu angeblich therapeutischen Zwecken verwendet werden, stellt keine Seltenheit dar. Allerdings glaubte man, dass diese Gewohnheit in unsrer modernen Zeit ausgestorben sei. Im Mittelalter stellte der Leichenhandel ein einträgliches Geschäft dar. Es ist nicht bekannt, wer zuerst die wahnsinnige Behauptung aufgestellt hat, dass Mumien ein gegen gewisse menschliche Krankheiten wirkendes Heilmittel enthielten. Bei den arabischen Aerzten genoss die zu Pulver zerstampfte ägyptische Mumie als Medizin einen besonderen Ruf.

Geschah das nun wegen des Natrons, mit der sie getränkt war, oder wegen der kabbalistischen Zeichen, die die alten Aegypter auf ihr einritzten, jedenfalls ver-
sah ein schwunghafter Handel die Märkte ganz Asiens und Nordafrikas mit aus den
Grüften gebolten Leichen, bis dann während der Kreuzzüge auch die europäischen
Apotheken mit getrockneten und geschwärzten Körpern, die alle Mumien sein soll-
ten, überschwemmt wurden. Diese Tatsache ist einer der Hauptgründe dafür, dass
in der Neuzeit in Aegypten nur noch äusserst selten unverletzte Gräber gefun-
den wurden. Hätte man Tut=Ench=Amon nicht aussergewöhnlich raffiniert versteckt,
so wären Carter und Lord Carnarvon um ihren Triumph gekommen, und der berühmte
Sohn des Amenophis des Dritten würde, wie seine erlauchten Verwandten, den Weg
in die mittelalterlichen Apotheken genommen haben.

Noch aus einer späteren Epoche kennt man den Leichenhandel. Bis vor fast
hundert Jahren war die Sezierung von Leichen aus religiösen Gründen untersagt.
Die Anatomen mussten sich das erforderliche Studienmaterial auf allerlei Um-
wegen beschaffen. Meist lieferte der Henker seine Opfer in den Seziersälen ab.
Hinrichtungen waren jedoch damals ziemlich selten, und die Mediziner nahmen
ihr Material, ohne viel zu fragen, woher es stammte. Einer der berühmtesten
Kriminalprozesse aller Zeiten beschäftigte sich mit dem verbotenen Leichen-
handel. Im Jahre 1828 wurden in der schottischen Hauptstadt Edinburgh zwei
Männer, Burke und Hare, wegen mehrfachen Mordes verhaftet. Beide hatten ihre
Opfer an die chirurgische und anatomisch Schule der Stadt, die sich grosser
Berühmtheit erfreute, verkauft. Burke und Hare waren zwei Irländer, die ihr
Lebtag nie von gewissensbissen geplagt wurden. Sie waren beide verheiratet
und bewohnten in Tanner Close, dem Elendsquartier von Edinburgh, zwei neben-
einander liegende armselige Häuser. Etwa um 1828 fiel es der Polizei auf, dass
vielfach Bettler, Zeitungsverkäufer, Prostituierte und Kinder spurlos ver-
schwanden. Durch einen Zufall kam man auf die Spur Burkes und Hares. Um seinen
Kopf zu retten, gestand Hare alle verübten Schandtaten ein. Burke und er hat-
ten die Vermissten ermordet und ihre Leichen an die Anatomie verkauft. Ange-
fangen hatten sie mit einem alten Invaliden, der in ihrem Hause zufällig an
Herzschlag gestorben war. Statt der Leiche legten sie Steine in den Sarg. Dann
trugen sie den Körper zu Doktor Knox, der 150 Mark nach heutigem Gelde dafür
bezahlte. Durch diesen Erfolg angefeuert, beschlossen die beiden Gauner, sich
hauptberuflich dem gewinnbringenden Leichenhandel zu widmen. Anstatt nun, wie
es die anderen "Händler" damals taten, das Material nachts heimlich auf den
Friedhöfen auszugraben, schlugen Burke und Hare einen "einfacheren" Weg ein.
Ihr Verfahren, eine Erfindung Burkes, war stets das gleiche. Sie sprachen
abends in der Dunkelheit irgendeinen armen Teufel an, luden ihn ein, setzten
ihm etwas zu trinken vor und erwürgten ihn dann im Schlaf. Doktor Knox fragte
niemals nach der Todesursache. Er zahlte je nach der Grösse des Toten hundert
bis zweihundert Mark an die beiden Männer aus. Die Zahl der Opfer wurde in
dem Prozess nicht ermittelt; sie soll über hundert betragen haben. Hare wurde
wegen seines offenen Geständnisses begnadigt. Burke verurteilte man zum Tode.
Er wurde im Jahre 1829 gehenkt. Der Pöbel umdrängte den Galgen und schrie:
"Geht ihm Burke!!" (Das Wort wurde in England geflügelt wie bei uns etwa:
"Geht ihm Saures!")

Diese Affäre, die grosses Aufsehen hervorrief, führte schliesslich zur
Aenderung der Gesetzgebung. Die Sezierung wurde zum Teil erlaubt. Trotzdem
versuchten später in England ein gewisser William und Bishop noch einmal das
Burke'sche Verfahren. Beide wurden "nach ihrer vierten Leiche" verhaftet und
gehenkt. Um die völlige Freigabe der Sezierung entspann sich in England eine
leidenschaftliche Debatte in den beiden Parlamenten. Warburton drückte es im
Unterhause durch, "dass alle Armenhüusler und Sträflinge bei ihrem Tode von
der zuständigen Anatomie angefordert werden durften." Das Oberhaus fügte sich
schliesslich dem Antrage. Und alle übrigen europäischen Staaten schlossen sich
in der Folgezeit diesem Beispiel an. In zivilisierten Ländern gibt es heute kei-
nen Handel mit Leichen mehr. Das jetzt die "gute alte Sitte" in Marokko noch ein-
mal wiederauflebte, ist bedeutungslos.

Leben nach dem Tode.^x

SPD. Wie verschieden sind doch die Menschen im Laufe der Jahrtausende dem Tode gegenübergetreten und tun es heute noch! - Im griechischen Altertum hielt man das Leben nach dem Tode für ein unerfreuliches Schattendasein. Homer sagt: "Lieber möchte ich ein Tagelöhner auf Erden sein als König in der Unterwelt". In der Zeit des klassischen Griechenlands hat man diese Vorstellung aufgegeben. Der grosse Tragiker Euripides sagt: Um Neugeborene müsste man lautklagend sich versammeln, die so grossem Weh entgegen gehen; die Toten aber, die vom Leide ausruhen, glückwünschend und frohlockend beimgelitten. Sein Kollege Sophokles denkt nicht viel anders. Der spätere griechische Philosoph Epikur, der Begründer einer Richtung, das Leben immer von der angenehmen Seite zu betrachten, tröstet sich leicht: Der Tod geht mich nichts an. Denn bin ich, so ist der Tod nicht; ist aber der Tod, so bin ich nicht. Der römische Augustus sagte zu den umherstehenden Freunden angesichts des Todes: Habe ich meine Rolle gut gespielt? - Nun, so klatschet Beifall; die Komödie ist zu Ende."

Das Christentum brachte dann den Glauben an die Unsterblichkeit und die Auferstehung, der dem Menschen das Sterben erleichtern soll. Sogar das Märtyrertum wurde den Leuten nicht schwer. Ja, manche drängten sich förmlich dazu, sodass gewarnt werden musste. Der Kirchenglaube blieb dann das ganze Mittelalter hindurch ziemlich gesichert bis in die Zeit der Reformation und darüber hinaus. Durch den Humanismus und das Wiedererwachen der klassischen Kultur kamen die Zweifel an einem Leben nach dem Tode auf. Heinrich VIII. von England, ein Zeitgenosse Luthers liess sich auf seinem Sterbebett ein Glas Wein reichen, trank es aus und sank mit den Worten in seine Kissen zurück: "So, nun, ihr Herren, ist alles dahin - Reich, Leib und Seele!" Der englische Philosoph Hobbes, (gestorben 1679) einer der Vorläufer des Materialismus, erklärte vor seinem Tode: "Ich bin daran, einen Sprung ins Dunkle zu tun". Ludwig XIV. von Frankreich verlegte seinen Sommersitz von St. Germain nach Versailles, um nicht durch den täglichen Anblick der Turmspitze von St. Denis, dem Orte der Königsgräber, an seinen Tod gemahnt zu werden. Er duldete auch nicht, dass in seiner Gegenwart vom Sterben gesprochen wurde.

Gehen wir in die neuere Zeit, so begegnen wir in Kant einem Unsterblichkeitsgläubigen. Nach ihm soll das Leben nach dem Tode einen Ausgleich bilden, eine Vergeltung bieten und eine Weiterentwicklung darstellen. Das ist ihm eine Forderung der praktischen Vernunft. Auch Fichte hat wohl in seinen letzten Lebensjahren zum Unsterblichkeitsglauben hingeneigt. Schiller sagt: "Des Todes rührendes Bildnis ist nicht ein Bild des Schreckens dem Weisen und nicht ein Ende dem Frommen." Bei Goethe schwanken die Aussprüche über die Unsterblichkeit.

Nach Hegels Tode setzte sich von Frankreich her der Materialismus und Naturalismus durch, der ein Weiterleben nach dem Tode für unmöglich erklärte. Dieser Ueberzeugung haben sich jedoch einige Philosophen entgegengestellt. So vor allem Fechner in seinem noch heute lesenswerten Buche "Vom Leben nach dem Tode". Ebenso Hermann Lotze. Auch der Schopenhauerschüler Eduard von Hartmann ist hier zu nennen. Die neueste Entwicklung einer idealistischen Philosophie kommt merkwürdigerweise wieder von Frankreich her. Hier ist es der bedeutende Philosoph Henri Bergson, der einen herzhaften Idealismus vertritt. In seinen gesammelten Aufsätzen und in seinem Buche "Materie und Gedächtnis" vertritt er eine geistige Energienquelle und einen Spiritualismus, ähnlich wie Goethe in dem Satze: "Es ist der Geist, der sich den Körper baut". Bergson sagt da: "Die Seele ist vom Gehirn nicht im gleichen Masse abhängig wie ein Rock von einem Nagel, an dem er hängt. Es wird wohl niemandem einfallen, zu behaupten, dass dieser Rock im gleichen Augenblicke zu sein aufgehört haben wird, wenn er zufällig vom Nagel herunter fällt. Auch Boutroux kann da genannt

werden. Ebenso ist der Leipziger Philosoph Driesch in seiner "Wirklichkeitslehre" ein Verfechter des Unsterblichkeitsglaubens.

Es ist leicht möglich, dass die anscheinend erstarkende idealistische Philosophie dem Unsterblichkeitsglauben neue Nahrung bringt. Die Weltanschauungen verlaufen wie alle Entwicklungen in Wellenbewegungen: Der Materialismus hat viele Menschenalter hindurch die Menschheit befruchtet. Wahrscheinlich sind wir mit Erfindungen heute vorläufig gesättigt. Wir müssen jetzt sehen, dass die Erfindungen sich für uns zu einem wirklichen Segen auswirken, dass die ungeheuren Vorräte der Weltwirtschaft nicht unnahbar werden, wenn die Masse danach greift, dass wir aus einer Zeit der Warenerzeugung und der Warenanbetung in eine Zeit der Menschenpflege und der Geistespflege eintreten, dass wir dann die Eigenart der Seele besser kennen lernen, und dass uns von da aus ganz neue Aussichten eröffnet werden für die Beschaffenheit und Besonderheit der menschlichen Seele. Die Menschheit hat ja noch ganze Jahrtausende und Jahrmillionen vor sich. Wer weiss, was uns da noch alles erschlossen werden wird! Die Menschheit hat vielleicht erst einen Maulwurfshügel erstiegen und hat noch Alpenketten zu überwinden. Die Leute werden später einmal über unsere Erkenntnisse noch ganz anders lächeln als wir über die der ältesten Steinzeit.

Pfarrer Köttschke (Prösen)

S. M. das Bild.^x

SPD. Novemberwochentag, 17 Uhr. Vor der Russischen Kirche in Dresden stauen sich die Menschen. Die hohen Stufen sind mit einem breiten Teppichläufer belegt. Oben, unter der Eingangspforte, steht die Geistlichkeit - umgeben von Fahnen, von flackernden Lichtern. Empfangsbereit. Ist der Zar aufgestanden, der Bulgarenkönig in Sicht? Irgendein besonderer Gast wird ohne Zweifel erwartet.

Das Geheimnis lüftet sich. Zwei Harrende sprechen darüber: Das wundertätige Bild der Kursker Gottesmutter ist auf seiner Bundesreise durch die westeuropäischen Kirchen hier eingetroffen. Erzbischof Theofan von Kursk wird gleich damit erscheinen.

Jetzt schreiten Priester und Kerzenträger die Treppe herab. Ich halte Ausschau, soweit die Dunkelheit zulässt. Noch immer ist kein Pferdegetrappel vernehmbar. Was für eine Kutsche mag man gewählt haben? Gar ein Dreigespann?

Während ich überlege und mich zurückversenke in oft geschaute russische Reisebilder, fährt eine - - Autodroschke vor. Erzbischof und Heiligenbild sind da. Etwas stimmungslös, denke ich - etwas gar zu modern. Man muss halt mit der Zeit gehen, auch wenn man ein sechshundert Jahre altes Muttergottesbild ist.

Die Begrüssung verläuft zeremoniell. Mit dem Strom der Anwesenden gleite auch ich in die Kathedrale. Da steht er nun, der wuchtige, bebrillte alte Erzbischof mit wallendem Bart und langsam Graubaar. Den Stab in der Hand, die mächtige goldene Kopfhedekung auf dem Haupte, spricht er zu den Andächtigen - neigt er sich vor dem glitzernden Bilde, das zwischen Girlanden niedergelegt ist. Ein Weibrauchgefäss wird hin und her geschwenkt. Die Kronleuchter brennen. Wie eine Schleppe schleift der weite Bischofsmantel über den Boden hin. Immer zahlreicher werden die lodernnden Kerzen, die fromme Beter ihrem Gaste, dem Gnadenbilde, weihen. Die mächtigen Leuchtersäulen sind über und über flammenbesät.

Der Anblick wirkt zauberhaft. Kein Bühnenmaler könnte Eindrucksvolleres ersinnen. Mienen und Gewänder, heller Schein und weissblauer Rauch, Blumen und Gold - alles fliesst ineinander, vermählt sich dem Chorgesang, der melodisch den Raum durchwoigt. Sogar die Tür zum Allerheiligsten steht offen. Lichtschein auch dort, wohin das Auge schweift.

Als nun jedoch freiwillige Gaben eingesammelt werden, wird mir wieder recht irdisch zumute. Also auch die Kursker Gottesmutter verträgt das Klimpern von Groschen und Markstücken. Ich muss an die Autodroschke denken, mit der sie vorfuhr. Und wie dann die Gläubigen knieend das Bild küssen, habe ich das ketzerische Gefühl, Ansteckungsgefahr sei am Ende näherliegend als Aussicht auf Wunderheilung.

Doch ich will nicht undankbar sein. Das Schauspiel hat doch einmal vom Alltag abgelenkt. Pomphafte Empfänge hat es schliesslich immer gegeben. Einmal ein Kaiser, mit Orden behangen – einmal ein Wunderbild, mit Edelsteinen geschmückt. Ob der Unterschied gross ist?

Heinrich Minden (Dresden)

Stahlhelms Canossagang.

Es zieht in Mussolinien ein
Der bleibgestanzte Skatverein
Der schmetternden Etappe.
Der Bauch ist gross, das Hirn ist klein
Und fürchterlich die Klappe.

Doch ach, wo bleibt die deutsche Art? --
Man kriecht den Römern um den Bart
Und zeigt sich vor dem Duce,
Der lächelnd diesen Tross gewahrt,
Im schönsten Bauchgerutsche.

Und wer am besten buckeln kann,
Zieht dann Benitos Schwarzhemd an,
Des Jubels ist kein Ende.
Sie gehn wie Vater Blücher ran
Und lecken ihm die Hände.

Kuka.

SPD. Korrekte Auskunft.^x Herr Quantsch geht ins Hotel zurück und beauftragt einen Laufjungen: "Lauf doch mal in den fünften Stock, Zimmer Nr. 167, und sieh nach, ob ich meinen Regenschirm vergessen habe! Er hängt im Kleiderschrank."

Der Junge verschwindet. Nach zehn Minuten kommt er zurück, ohne Schirm.

"Wo ist mein Schirm?" fragt erschrocken Herr Quantsch.

"Sie hatten Recht", erwidert der Boy, "er steht tatsächlich da, wo Sie gesagt haben...."

SPD. Doppelsinnig.^x Zwei Bekannte begegnen einander eines Vormittags in einem einfachen Restaurant. "Na, Müller", fragt der Eine, "was verzehren Sie denn am frühen Morgen schon für ein opulentes Mahl?"

"Hasenbraten, mein lieber Schneider!"

"Nanu, doch nicht etwa ein Katerfrühstück?"

Preussischer Landtag

SPD Berlin, den 14. Nov. (Eig. Ber.)

Der Preussische Landtag erledigte am Freitag zunächst eine Reihe kleinerer Vorlagen. Unter anderm wurde in zweiter und dritter Lesung der Gesetzentwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Marburg a/Lahn angenommen. Angenommen wurde ferner in allen drei Lesungen der Antrag zur Abänderung des Gesetzes über die tierärztliche Berufsvertretung und die tierärztlichen Standesgerichte. In zweiter und dritter Lesung wurden angenommen die Gesetzentwürfe zur Änderung der Gewerbesteuer und der Antrag des Zentrums betreffend die Vertretung der freien Berufe in den Gewerbesteuerausschüssen und ein Antrag, die Benachteiligung der geprüften Dentisten bei der Heranziehung zur Gewerbesteuer zu beseitigen.

Es folgte die grosse Aussprache über Landwirtschaftsfragen. Zur Beratung standen eine ganze Reihe von grossen Anfragen und Anträgen über Massnahmen zur Behebung der Not der Landwirtschaft. Die sozialdemokratische grosse Anfrage über die Umschuldungsaktionen in Ostpreussen begründet:

Abg. Weidemann-Insterburg (Soz.):

Die grosse Not Ostpreussens ist eine Folge der Grenzziehung. Reich und Preussen haben durch Sonderhilfen bereits beträchtliche Opfer gebracht, und das wird auch in Zukunft unerlässlich sein. Wenn wir diese Hilfsaktionen billigen, so können wir doch aber nicht die Art, wie sie erfolgen, in jeder Weise unterschreiben. Die Not Ostpreussens ist nicht allein Agrarnot. In der Zahl gewerblicher Konkurse steht diese Provinz an der Spitze und an die Arbeiterschaft werden Elendslöhne gezahlt. Der Umfang der Arbeitslosigkeit ist riesig, und es ist notwendig, dass er bei den Osthilfsmassnahmen auch diese leidenden Schichten zu berücksichtigen.

Die zur Behebung der Agrarnot in Ostpreussen bisher geübte individuelle Hilfe halten wir nicht für zweckmässig. Die Hilfsmassnahmen sollen allen Landwirten in gleicher Weise zugute kommen, insbesondere durch produktionspolitische und absatzpolitische Massnahmen. Die früheren und die diesjährigen Hilfsmassnahmen sind ihrem Charakter nach reine Subventionspolitik. Schon 1928 ist die Umschuldungsaktion fast ausschliesslich zugunsten des Grossgrundbesitzes erfolgt. Millionen sind sinnlos vertan und an Gutsbesitzer geflossen, deren Betriebe vollständig verschuldet und nicht mehr zu retten waren, sodass volkswirtschaftlich diese Massnahmen ein vollständiges Fiasko bedeuten. (Sehr wahr bei den Soz.) Wir verlangen Auskunft, wie sich die Hilfsmittel auf die einzelnen Kreise und Betriebsgrössenklassen verteilen, das heisst, wie Grossgrundbesitz und wie die Bauernschaft berücksichtigt wurden.

Wir verlangen weiter Auskunft, wie sich die Regierung zu dem Vorgehen der ostpreussischen Landschaft unter Führung des Generallandschaftsdirektors von Hippel stellt. Diese Organisation macht eine planmässige und vernünftige Sanierung der ostpreussischen Landwirtschaft geradezu illusorisch. Es ist gerichtsnotorisch, dass oft in geradezu betrügerischer Weise durch Kreditkommissionen Kreisakten erstattet wurden, die ausschliesslich jenen Kreisen zugute kamen, die seit Jahrhunderten Volk und Staat ausplündern. (Sehr wahr bei den Soz.)

Im Jahre 1928 hat der Grossgrundbesitz allein in Ostpreussen 78,2 % der Umschuldungshypotheken während die Bauern nur 21,8 % erhalten haben. (Hört, hört bei den Soz.) Es ist festgestellt, dass Betriebe bis zu vierzig Morgen von 0,6% bis zu achtzig Morgen 2,4 %, bis zu 200 Morgen 9,3 %, bis zu 400 Morgen 14,9 %, bis zu 800 Morgen 19,7 %, bis zu 2 000 Morgen 35,13 % und über 2 000 Morgen 19,7 % der Umschuldungsgelder erhalten haben. (Hört, hört bei den Soz.) Erfreu-

licherweise haben sich diese Zahlen nach der Einrichtung der Stelle eines ostpreussischen Staatskommissars etwas zugunsten der bäuerlichen Wirtschaften geändert.

Wie man im einzelnen verfahren ist, ist ein Skandal. Wir vermissen, dass die Herren von rechts, die sonst so grosse Freude an Untersuchungsausschüssen haben, hier nichts getan haben, um diese offensichtliche Korruption aufzudecken. Dabei sind die Einzelfälle durchaus nicht etwa Ausnahmen, und die entstandenen Verluste gehen in die Millionen.

Ein 2 700 Morgen grosses Gut Zielkeim hat nach dem berichtigten Wehrbeitragswert 732.700 Mark wert, der allein massgebende Verkehrswert ist noch bedeutend niedriger. Es war vor der Umschuldung mit 337 Mark pro Morgen belastet, also mit über 100 %. Obwohl also eine Hilfsaktion zwecklos war, nahm der Kreistaxator eine utopische Schätzung vor, setzte den Wert mit 514 Mark pro Morgen fest, sodass sich ein Gesamtwert von rund 1,400.000 Mark ergab. Die Verpflechtung der Interessen in den Kreditausschüssen wird begreiflich, wenn man weiss, dass in den Kreditausschüssen in erster Linie Interessenten sitzen. 1929 wurde das Gut mit 625.000 Mark versteigert. Von den 510.000 Mark staatlichen Geldern konnten in diesem einen Fall nur 125.000 Mark gerettet werden. (Hört, hört bei den Soz.)

Herr von Hippel hat ein eigenes System der Familiensanierung erfunden. Danach bringt die Landschaft die Güter durch Zinsverweigerung zur Versteigerung, weigert sich dann die erste Hypothek stehen zu lassen für den Fall, wenn die staatliche Treuhandstelle das Gut zur Rettung der zweiten Hypothek aus der Ostpreussenhilfe erwerben will. Umgekehrt überlässt sie die erste Hypothek anstandslos dann, wenn der in Konkurs gegangene unfähige Besitzer das Gut für seinen 7jährigen Sohn erwirbt, wie das im Falle Wander-Kortmedien geschehen ist. Bei der Preussischen Landwirtschaft geniesst also der 7jährige Sohn eines verkrachten Grossgrundbesitzers mehr Ansehen als Staat und Reich. (Stürmisches Hört, Hört bei den Soz.) Solche Praktiken sind offene Schiebungen. (Sehr wahr bei den Soz.)

Besonders markant ist auch der Fall des Herrn von Weiss-Plauen. Dieser Mann hat viele Ehrenämter der Deutschnationalen und des Stahlhelms, besitzt ein Gut von 2 500 Morgen, entwickelt aber auf wirtschaftlichem Gebiete weniger glänzende Fähigkeiten. Auch sein Gut wurde übertaxiert, und er verschwieg ausserdem bei Angabe seiner Schulden 50.000 Mark, um die Ostpreussenhilfe zu erlangen. Obwohl hier die strafrechtlichen Merkmale des Betruges gegeben sind, hat sich bisher kein Staatsanwalt gefunden, der eingeschritten ist. Aus der Ostpreussenhilfe hat der Mann nicht etwa seinen Betrieb in Ordnung gebracht, sondern 30.000 Mark Erbschaftsgelder daraus gezahlt. (Hört, hört bei den Soz.) Insgesamt hat er 317.000 Mark erhalten. Das sind die Leute, die in demagogischer Weise die von ihnen bei der Ostpreussenhilfe übers Ohr gehauenen Bauern gegen Staat und Regierung aufputschen, für sich selbst aber keinen Anstand nehmen, Hunderttausende einzuheimsen.

Ein Rundschreiben des Landwirtschaftsverbandes Ostpreussens fordert in geradezu verbrecherischer Weise zur systematischen Organisierung von Konkursen auf. Ohne Rücksicht auf Zahlungsfähigkeit will man künstlich Konkurse herbeiführen, um den Staat zu zwingen, in allen Fällen Gelder herzugeben, die dann der Allgemeinheit aufgebürdet werden.

Abg. Hartwig (Soz.)

begründet die sozialdemokratische grosse Anfrage über die Umschuldungsaktionen in Pommern:

Das Vertrauen zur gerechten Verteilung der Umschuldungskredite ist auch in den Kreisen der bäuerlichen Bevölkerung Pommerns völlig geschwunden. Auch in Pommern bekommen die Grossgrundbesitzer viel, die Besitzer mittlerer und kleiner Betriebe fast nichts.

Ein Fall mag für viele dienen. Der Landwirtschaft des Kreises Schlawa sind 412.000 RM an Umschuldungskrediten zugeflossen. Davon nahmen 5 Grossgrundbesitzer erst einmal 294.000 RM für sich in Anspruch, während der Rest von 118.000 RM sich wie folgt verteilte: 21 mittelbäuerliche Betriebe rund 95.600 Mark, 7 kleinbäuerliche Betriebe rund 22.400 RM.

Diese Praxis wirft auf die Uneigennützigkeit der Grossgrundbesitzer ein eigenartiges Schlaglicht. Wir haben wiederholt nachgewiesen, dass dieselben Zustände auch in anderen Kreisen vorherrschend sind. Der Grossgrundbesitzer nützt auch heute noch wie früher seine Vormachtstellung aus, um sich persönliche Vorteile zu verschaffen. Wir verlangen von der Regierung Auskunft, in welcher Weise sie die gerechte Verteilung der Umschuldungsaktion endlich durchsetzen will. (Beifall! b.d. Soz.)

Hierauf begründen die Vertreter fast aller Fraktionen grosse Anfragen und Anträge, die sämtlich Hilfsmassnahmen zur Linderung der Not der Landwirtschaft fördern.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger

erklärt die deutsche und Weltagrarkrise aus der verminderten Aufnahmefähigkeit des fernen Ostens, den durchgeführten Rationalisierungsmassnahmen und der Produktionssteigerung im übrigen Europa und Amerika. Der Weltmarktpreis des Weizens betrage 120 Mark, der Inlandspreis 240 Mark, bei einem Zoll von 250 Mark. Alle Länder hätten Hilfsmassnahmen für die Landwirtschaft durchgeführt. Also nicht die Regierung, sondern Krieg und Kriegsfolgen tragen an dieser Not die Schuld, also auch an der Zunahme der landwirtschaftlichen Gesamtverschuldung in Höhe von 400 Millionen bis zum ersten Halbjahr 1930. Dabei liege in den kurzfristigen Krediten der Schwerpunkt. Dazu komme die Absatzkrise, insbesondere in der Getreidewirtschaft. Erforderlich sei insbesondere eine Umstellung von Roggen auf Weizen.

Ein Regierungsvertreter beantwortet die grossen Anfragen der sozialdemokratischen Fraktion. Danach sind bis zum 30. September 1930 für Ostpreussen als zweistellige Hypotheken über 91 Millionen Mark bewilligt worden. Daran sind nach Grössenklassen beteiligt: Betriebe bis 20 ha mit ca. 3.5 Millionen, bis 100 ha mit 23,2 Millionen, bis 200 ha mit 20.6 Millionen und über 200 ha mit 44.4 Millionen Mark. Bis August 1930 sind an Umschuldungshypotheken, für die Reich, Staat und Provinz in Anspruch genommen wurden, ca. 2.15 Millionen Mark ausgefallen. Welche Beträge als gefährdet anzusehen sind, lässt sich zahlenmässig nicht angeben. Für Sicherung der Umschuldungshypotheken ist durch Gesetz vom 18. Mai 1929 Vorsorge getroffen.

Die Beantwortung der sozialdemokratischen Anfragen über die Verteilung der Umschuldungskredite im pommerschen Kreise Schlawa bestätigt die Angaben des Abg. Hartwig. Über die Bewilligung hatte der provinzielle Kreditausschuss zu befinden. Nach Angabe des Oberpräsidenten hat der bäuerliche Besitz deshalb weniger erhalten, weil er in nördlichen Teilen des Kreises auf guten Boden sitzt und zu dem wohlhabendsten Teile des bäuerlichen Besitzes in der Provinz Pommern gehört. Bei der Osthilfe werde die Staatsregierung für eine gerechte Verteilung eintreten.

Abg. Peters-Hochdonn (Soz.):

Nach der eingehenden Begründung unserer Anfragen liegt für meine Fraktion in der Aussprache kein Bedürfnis vor, noch einmal das Wort zu nehmen, wenn uns nicht die Begründungen der deutschnationalen Anfragen und Anträge dazu zwingen würde. So haben die Deutschnationalen z.B. behauptet, dass weder die Staats- noch die Reichsregierung für die notleidende Landwirtschaft gesorgt hat. Ausserhalb des Hauses würde ich diese Behauptung eine Unverschämtheit genannt haben. Ich stelle fest, dass namentlich die preussische Staatsregierung alles menschenmögliche getan hat, um der Landwirtschaft zu Hilfe zu kommen. Ich

Ich stelle weiter fest, dass sich kein anderer Stand rühmen kann, ähnlich unterstützt oder subventioniert zu sein, wie die Landwirtschaft. Der notleidende Mittelstand wäre froh, wenn er nur einen kleinen Teil davon bekommen hätte und vor allen Dingen ist etwas positives zur Linderung der unbeschreiblichen Not der arbeitenden Massen überhaupt noch nicht getan worden. (Sehr wahr! b.d.Soz.)

Die von den Deutschnationalen geforderte bedingungslose Stundung von Steuern ohne Nachweis der Notlage ist zwar blanker Unsinn, aber kennzeichnend für die schamlosen Agitationsmethoden. Ich erinnere an alle bis heute noch nicht zurückgezahlten Saat-, Dünger- und Unwetterschädenkredite. Im Gegensatz zum heutigen Staat hat z.B. das alte Dreiklassenparlament unter Führung der Konservativen im Jahre 1888 anlässlich der furchtbaren Unwetterkatastrophe für die davon betroffene Landwirtschaft nicht das geringste getan. (Hört! Hört! b.d.Soz.) Ich erinnere weiter daran, dass die Landwirtschaft keinen Pfennig Hauszinssteuer aufgebracht, gleichwohl aber 20 Millionen daraus bekommen hat. Im ganzen bringt die preussische Landwirtschaft an Grundsteuern 80 Millionen auf, die aber mit 73 Millionen beinahe wieder vom Staate ausgegeben werden, für Aufwendungen im Interesse der Landwirtschaft. Es gehört schon der traurige Mut unserer Rechtsparteien dazu, angesichts dieser nicht zu wiederlegenden Tatsachen die Behauptung aufzustellen, dass nichts für die Landwirtschaft von Seiten des Staates getan worden ist. (Sehr wahr! b.d.Soz.)

Die schon vom Minister gekennzeichnete Absatzkrise der Landwirtschaft kann nur durch Hebung der Kaufkraft überwunden werden. Henry Ford rückt in seinem letzten Buch ebenfalls die Hebung der Kaufkraft zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise in den Vordergrund. Diese Theorie hat er in die Praxis umgesetzt. Es war ein Schlag ins Gesicht der Berliner Metallindustriellen, die Lohnabbau zur Ueberwindung der Krise forderten, als er am Tage des Streikausbruchs in seinem Betrieb erhebliche Lohnzulagen gewährte mit dem Hinweis, dass sich dadurch die Kaufkraft erhöht. (Sehr wahr! b.d.Soz.)

Ebenso unsinnig ist die deutschnationale Forderung, das landwirtschaftliche Einfuhrkontingent der landwirtschaftlichen Ausfuhr anzugleichen. Da Deutschland jetzt einen erheblichen Ausfuhrüberschuss zu verzeichnen hat, würde das in letzter Konsequenz eine Ueberschwemmung des deutschen Marktes mit ausländischen Produkten bedeuten. Man will natürlich etwas anderes: die Kündigung der Handelsverträge und Sperrung der Einfuhr! (Sehr richtig! bei den Dnat.) Die Herren können keinem vernünftigen Menschen zumuten, einem solchen Antrag zuzustimmen, denn seine Annahme würde eine wirtschaftliche Katastrophe bedeuten!

Während der Zwangswirtschaft schrie die Rechte nach wirtschaftlicher Freiheit. Heute will sie die Zwangswirtschaft in anderer Form, denn sie will dem Konsumenten vorschreiben, welche Waren gekauft werden sollen. Sie hält die deutschen Hausfrauen für so dumm, dass sie ihnen zumutet, für qualitativ nicht so gute deutsche Ware mehr zu zahlen, als für gute Auslandsware. Die dänische Landwirtschaft hat eingestanden, ermessen für ihren Export nach Deutschland so lange keine Angst, als die deutsche Landwirtschaft auf so niedrigem Produktionsstand steht.

Bis jetzt hat leider die deutsche Landwirtschaft alles versäumt, um durch Schaffung von Absatzgenossenschaften die unerträglichen Preisspannen zu beseitigen, also ihrerseits durch Hebung der Kaufkraft zur Beseitigung der Krise beizutragen. Im Gegenteil dazu geht man in Ostpreussen jetzt dazu über, die Kaufkraft durch Herabdrücken der an sich schon elenden Landarbeiterlöhne noch weiter zu senken. (Hört! Hört! bei den Soz.) Statt Absatzgenossenschaften zu schaffen, sehen die Deutschnationalen aber die Rettung der Landwirtschaft nur in Hochschutzzöllen. Dabei besteht längst Klarheit darüber, dass diese lediglich dem Grossgrundbesitz, aber nicht den Millionen von Mittel- und Kleinbauern dienen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die grösste Schuld an der jetzigen furchtbaren Notlage tragen jedoch diejenigen, die gegen jede gute Einsicht den Krieg bis zum Weissbluten verlängert haben. Aber das sind diejenigen, die den heutigen Staat bekämpfen und die ländliche Bevölkerung gegen ihn aufhetzen. Sie haben die Schuld, wenn heute Generationen an den Kriegsfolgen leiden. Die Sozialdemokratie will der notleidenden Landwirtschaft helfen, aber sie will Gerechtigkeit und nicht eine Politik, die die Landwirtschaft ins Verderben bringt. (Lebhafter Beifall b.d. Soz.)

Abg. von Ruhr (Dnat.) erklärt, dass das marxistisch-liberale System sich nicht nach den Interessen der Nation richte. Man will das Interesse der städtischen Bevölkerung ablenken. Die Landarbeiterschaft sei im Erwachen, sie sehe hinter ihrem kargen Lohn die dunklen marxistischen Gestalten, die Deutschland in den Abgrund geführt haben. Die Linke wolle die Gegensätze zwischen Klein- und Grossbesitz verschärfen. Mit den ungerechten Steuereintreibungen nehme man der Landwirtschaft keine Luxusgegenstände, sondern Geräte, Vieh und Hof. Der Staat mache es damit seinen Untertanen unmöglich die Gesetze zu halten. Das Landvolk werde den hingeworfenen Handschuh aufheben.

Abg. Mallach (Ztr.) kritisiert die hohen Bankzinssätze der landwirtschaftlichen Hypotheken. Im Osten sei die Landwirtschaft am Ende ihrer Kraft. Hilfe müsse rechtzeitig kommen. Er fordert Beimahlungszwang von Roggen zum Weizen und hohe Zollsätze auf Futtermittel.

Abg. Kerff (Komm.) wendet sich gegen die Angriffe der Agrarpresse gegen die Sowjet-Union. Zu helfen sei nur durch entschädigungslose Enteignung des Grossgrundbesitzes.

Abg. Dr. Schifftan (DVP) verwahrt sich gegen die Aeusserung des Abg. von Rohr, der Liberalismus mit Marxismus in Zusammenhang gebracht hat. Er fordert Ausbau des Notprogramms.

Abg. Fischer (Christ. Nat.) gibt der verkehrten Handelspolitik der letzten 5 Jahre die Schuld an der landwirtschaftlichen Not. Nur an der nationalen Seite könne die Landwirtschaft Rettung finden.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger weist die Angriffe des Abg. von Rohr zurück und zitiert Auslassungen rechtsgerichteter landwirtschaftlicher Sachverständiger dafür, dass Reich und Staat nicht nur Hilfe versprochen, sondern das Versprechen auch eingelöst haben.

Abg. Wachhorst de Wente (Staatp.) polemisiert ebenfalls gegen den Abg. von Rohr. Beim Aufbau des neuen Staates habe man die jetzigen Volksbeglucker von Rechts vergeblich gesucht. Die Staatspartei lehne die konservative Agrarpolitik ab.

Abg. Schmidt-Breslau (WP.) macht für die hohen Einzelhandelspreise das schreckliche Steuersystem verantwortlich. Verbilligung der Lebenshaltung könne nicht durch Verringerung der Verdienstspanne von Handel und Gewerbe, sondern nur durch Senkung der Steuern erreicht werden. Die Lage der Schlächtermeister, die am Hungertuche nagen, sei mitleiderregend.

In der zweiten Rednerreihe polemisierte

Abg. v. Rohr (Dnat.) gegen die Ausführungen des Redners der Landvolkpartei. Das deutsche Volk sehne sich nach den Gedankengängen Mussolinis, der ihm gegenüber erklärt hat, dass er für die italienische Landwirtschaft nichts, dagegen aber für die Kraft und die Grösse der italienischen Nation alles tue. Nur dadurch sei auch der Landwirtschaft zu helfen.

In der weiteren Debatte kommen noch einmal die Redner der einzelnen Fraktionen zu Wort. In später Abendstunde überweist das Haus alle vorliegenden Anträge z. T. dem Haupt-, und z. T. dem Landwirtschaftsausschuss.

Hierauf vertagt sich der Landtag auf den 15. Dezember. Dann sollen die Etatberatungen beginnen.

Landtags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 14. Nov. (Fig. Ber.)

Am Freitag beschäftigte sich der Preussische Landtag in einer Sitzung, die sich vom Vormittag bis in die späten Abendstunden hinzog, wieder einmal mit der Not der Landwirtschaft. Ein ganzes Bündel von Anträgen und Interpellationen aller Fraktionen stand zur Beratung. Darunter befanden sich auch einige grosse Anfragen der sozialdemokratischen Fraktion, die von der Regierung Auskunft verlangte über die Umschuldungsaktionen in Ostpreussen und Pommern.

Abg. Weidemann-Insterburg (Soz.) begründete als erster Redner die sozialdemokratische Anfrage. In der heutigen Krisenzeit bestreitet gewiss niemand die ungeheure Not, in der sich auch die deutsche Landwirtschaft befindet. Niemand, und am allerwenigsten die Sozialdemokratie, bestreitet auch die Notwendigkeit, im Rahmen des Möglichen zu helfen. Aber es kommt darauf an, wie geholfen wird und wer Unterstützung bekommt. Darüber brachte, was Ostpreussen angeht, der sozialdemokratische Redner eine Fülle von Material bei, aus dem hervorging, dass entweder durch die unter grossagrarischer Führung stehenden Kreditausschüsse der Grossgrundbesitz sich zuerst mit dem Löwenanteil bedient und dem Mittel- und Kleinbesitz den schädigen Rest überlässt, oder dass Betriebe saniert werden, die dank der Urfähigkeit ihrer Besitzer völlig überschuldet und bereits verkracht sind. So hat die "Ostpreussische Landschaft" unter Führung des Generallandschaftsdirektors geradezu eine Familiensanierung organisiert und die haarsträubenden Beispiele, die der sozialdemokratische Redner anführte, haben bewiesen, dass es sich hierbei um einen Korruptionsskandal schlimmster Art handelt. Man hat allerdings noch nichts davon gehört, dass die Herren von rechts, die sonst so lüstern nach Untersuchungsausschüssen sind, das Bedürfnis verspüren, in diesen Sumpf hineinzuleuchten. Man organisiert geradezu den Generalkonkurs, um die Gerichte lahm zu legen und die Durchführung der Konkurse unmöglich zu machen. Ja, man propagiert sogar den Landesverrat und stellt in dunklen Wendungen in Aussicht, falls Reich und Staat die ungeheuren Ausgaben nicht mehr tragen könnten, dass Ostpreussen aus dem Reichsverbande ausscheiden und einem anderen Staatsverbande beitreten müsse. Selbstverständlich wird diese räuberische Erpresserpolitik gegenüber dem Staat von Kreisen betrieben, die auch sonst innenpolitisch die ländliche Bevölkerung gegen den Staat verhetzen.

Abg. Hartwig (Soz.) ergänzte die Begründung des ersten sozialdemokratischen Redners in Bezug auf Pommern. Genau wie in Ostpreussen haben auch in dieser Provinz, z.B. im Kreise Schlawe, die Grossgrundbesitzer bei den zur Verfügung stehenden Umschuldungskrediten zunächst einmal für sich das Fett abgeschöpft. Von den 412.000 Mark, die diesem Kreis zuflossen, nahmen 5 Grossgrundbesitzer allein 294.000 Mark in Anspruch. Der Rest von 118.000 Mark verteilte sich auf insgesamt 28 Mittel- und Kleinbetriebe.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger erklärte die deutsche und die Weltagrarkrise aus der verminderten Aufnahmefähigkeit des fernen Ostens, den durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen und der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung im übrigen Europa und Amerika. Nicht die Regierung trage die Schuld an der Notlage, sondern Krieg und Kriegsfolgen, die in ihren Auswirkungen bis 1930 eine landwirtschaftliche Gesamtverschuldung in Höhe von 400 Millionen gebracht haben. Dabei liege der Schwerpunkt in den kurzfristigen Krediten und vor allem in der Absatzkrise, insbesondere bei der Getreidewirtschaft.

Die von einem Regierungsvertreter auf die sozialdemokratischen Anfragen erteilte Antwort bestätigte im wesentlichen das Material der sozialdemokratischen Redner. Danach wäre es eigentlich für die sozialdemokratische Fraktion überflüssig gewesen, in der nun folgenden Debatte noch einen Redner zu stellen. Wenn das trotzdem geschah, so wegen der Art, wie die Deutschnationalen

schriftlich oder durch Ihre Redner ihre Anfragen und Anträge begründeten. So musste Abg. Peters-Hochdonn (Soz.) die immer wiederkehrenden Behauptungen der Rechten zurückweisen, dass die Staatsregierung für die Landwirtschaft absichtlich nicht das geringste getan habe. Diese verhetzende Agitation bezeichnete der Redner als eine Unverschämtheit. In Wahrheit kann sich kein Berufsstand, weder das schwernotleidende Kleingewerbe noch die ausgebeutete Arbeiterschaft Deutschlands rühmen, soviel an positiver Hilfe und Subventionen bekommen zu haben, wie die Landwirtschaft.

Die Debatte brachte sonst nicht viel neues. Herr von Rohr, einer der besonders reaktionären ostelbischen Junker, sieht das Elend Deutschlands und der Landwirtschaft in dem marxistisch-liberalen System und berichtete tiefbewegt von seinem Besuch bei Benito Mussolini, den er als leuchtendes Vorbild feierte. Der Diktator hat ihm nämlich verraten, dass er für die italienische Landwirtschaft nichts, dafür aber für die Grösse und Kraft seiner Nation alles tue. Damit helfe man auch der Landwirtschaft und diese Gedankengänge des italienischen Faschistenführers empfahl er dem deutschen Volke sich zu eignen zu machen.

Sämtliche Vorlagen überwies das Haus schliesslich dem Haupt- und Landwirtschaftsausschuss. - Hierauf vertagte sich der Landtag auf den 15. Dezember. Dann beginnen die Etatberatungen.
